

Bürgergutachten Rheinland-Pfalz  
Miteinander der Generationen in einer älter werdenden Gesellschaft

1/1

# Bürgergutachten Miteinander der Generationen in einer älter werdenden Gesellschaft

im Auftrag des  
Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie  
und Gesundheit, Rheinland-Pfalz

erarbeitet von  
Bürgerinnen und Bürgern aus Rheinland-Pfalz

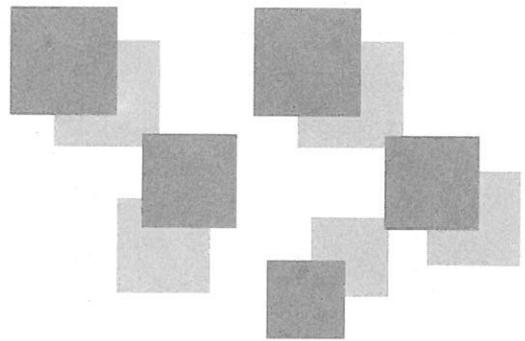
herausgegeben von der  
Forschungsstelle Bürgerbeteiligung  
& Planungsverfahren,  
der Bergischen Universität Wuppertal

# Inhaltsverzeichnis

<b>Kapitel 1 Vorworte</b> .....	<b>5</b>
<b>Kapitel 2 Danksagung</b> .....	<b>11</b>
<b>Kapitel 3 Der Auftrag</b> .....	<b>17</b>
<b>Kapitel 4 Das Verfahren</b> .....	<b>19</b>
<b>Kapitel 5 Projektorganisation und -Ablauf</b> .....	<b>25</b>
<b>Kapitel 6 Das Arbeitsprogramm</b> .....	<b>29</b>
Der Tagungsverlauf.....	31
Die Arbeitseinheiten.....	32
<b>Kapitel 7 Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer</b> .....	<b>41</b>
Die demografischen Daten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.....	42
<b>Kapitel 8 Ergebnisse der Arbeitseinheiten</b> .....	<b>49</b>
Methodische Hinweise .....	50
Arbeitseinheit 01 Wünsche und Ängste zum Thema Alter.....	52
Arbeitseinheit 02 Diskriminierung aufgrund des Alters und Generationengerechtigkeit .....	54
Arbeitseinheit 03 Privater, familiärer Ressourcenaustausch zwischen den Generationen .....	55
Arbeitseinheit 04 Staatlich regulierter Ressourcenaustausch zwischen den Generationen .....	56
Arbeitseinheit 05 Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz.....	58
Arbeitseinheit 06 Förderung der Berufsfähigkeit, Teilhabe älterer Menschen am Arbeitsleben .....	60
Arbeitseinheit 07 Potenziale der Seniorinnen und Senioren .....	63
Arbeitseinheit 08 Ortsbegehung: Thematischer Spaziergang .....	65
Arbeitseinheit 09 Lebensgewohnheiten .....	66
Arbeitseinheit 10 Neue Lebens- und Solidaritätsformen der Generationen .....	68
Arbeitseinheit 11 Spezielle Interessen: Altersrisiken und Minderheiten .....	70
Arbeitseinheit 12 Politikerhearing .....	72
Arbeitseinheit 13 Themenrückblick und „Open Space“ .....	73
Arbeitseinheit 14 Aktionsplan Alterspolitik .....	74
Arbeitseinheit 15 Neue Generationenprojekte.....	78
Exemplarische Darstellung von Projekten .....	85
Arbeitseinheit 16 Abschlussplenum und Abschlussbewertung .....	93
<b>Kapitel 9 Zusammenfassung</b> .....	<b>97</b>
<b>Kapitel 10 Anhang</b> .....	<b>103</b>
Verfahrensauswertung .....	104
AE 14 Maßnahmen und Finanzierungsvorschläge.....	105
AE 15 neue Generationenprojekte .....	111
<b>Kapitel 11 Presse</b> .....	<b>123</b>

# KAPITEL 1

## VORWORTE



Es ist längst keine Neuigkeit mehr. Wir leben in einer älter werdenden Gesellschaft, in der das Zusammenleben von Jung und Alt vor neuen Herausforderungen steht. In den Medien werden häufig Horrorszenarien entworfen, die eine Kluft zwischen den Generationen heraufbeschwören. Diese Szenarien sind gefährlich und realitätsfern. Gefährlich sind sie, weil sie Angst verbreiten und Angst bekanntlich lähmt. Realitätsfern sind sie, weil sie den Zusammenhalt der Generationen und die Potenziale des Alters und des Alterns systematisch unterschätzen.

Ich bin sicher, dass der demographische Wandel auch Chancen birgt und wir die Herausforderungen generationenübergreifend meistern können. Hierfür muss Politik die bestmöglichen Rahmenbedingungen schaffen. Das gelingt am besten, wenn möglichst viele Bürgerinnen und Bürger direkt beteiligt sind. Altern und das Zusammenleben der Generationen sind Themen des Lebens. Jeder und jede verfügt hier über wertvolle Kompetenzen und Erfahrungen.

Mit dem Instrument Planungszelle lässt sich dieser Erfahrungsschatz heben. An dem rheinland-pfälzischen Bürgergutachten zum „Miteinander der Generationen in einer älter werdenden Gesellschaft“ waren 162 Bürgerinnen und Bürger stellvertretend für alle Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälzerinnen beteiligt. Vier Tage lang haben die Gutachterinnen und Gutachter engagiert und fundiert Empfehlungen erarbeitet, wie die Miteinander der Generationen zum Nutzen und mit dem Einverständnis aller gestaltet werden kann.

Ich danke allen, die an der Erstellung des Bürgergutachtens beteiligt waren. In erster Linie danke ich den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern, die sich auf das „Abenteuer“ Planungszelle eingelassen haben. Ich konnte mich selbst vor Ort von ihrem beeindruckenden Engagement überzeugen. Mein herzlicher Dank gilt auch Herrn Professor Peter C. Dienel und seinem Team, Frau Susanne Achterberg und Frau Lea Pistorius, die in unabhängiger Weise die Durchführung des Projektes ermöglicht haben.

Das Bürgergutachten wird Eingang finden in die rheinland-pfälzische Landespolitik. Über diesen Prozess der Umsetzung werde ich den Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft ablegen. Die Ideen und Erfahrungen der Gutachterinnen und Gutachter sollen möglichst vielen Menschen in Rheinland-Pfalz zugute kommen.

Ihre Malu Dreyer



## Geleitwort

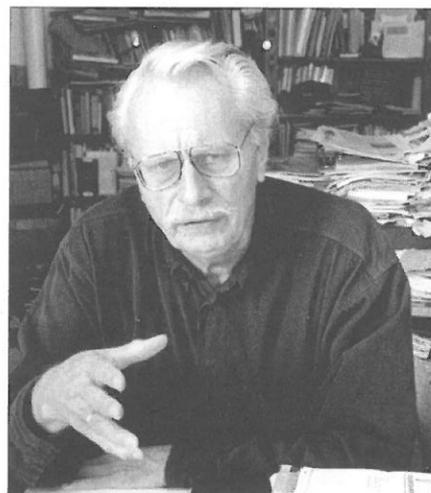
### aus der Wuppertaler Forschungsstelle

Wieder hat eine Landesregierung den Mut gehabt, den direkt betroffenen Menschen ein drängendes Problem unserer Zeit zum unmittelbaren Mitdenken (und Mitberaten!) zu öffnen. Und die sind – wie überall dort, wo das neuartige Beteiligungsverfahren „Planungszelle“ bisher eingesetzt worden ist – hoch engagiert und in der Sache hilfreich eingestiegen.

Aufgaben-orientierte Intimgespräche in hunderten von Gesprächskreisen, deren Zusammensetzung innerhalb der Planungszellen jeweils wechselt, haben wieder zu sehr vernünftigen und zum Teil auch sehr überraschenden Ergebnissen geführt. Sie werden hier, zu einem „Bürgergutachten“ zusammengefasst, dem Auftraggeber in gedruckter Form vorgelegt.

Mehr Bürgerbeteiligung ist nicht risikolos. Im Unterschied zu einigen anderen Wegen der Einbeziehung Betroffener ist das hier angewendete Beratungsverfahren aber kompatibel mit den vorhandenen Regierungs- und Verwaltungsinstitutionen unserer repräsentativen Demokratie. Es ist daher vermehrfachbar ohne negative Nebenwirkungen. Das begründet die Erwartung, dass – angeregt durch dieses Bürgergutachten – auch wieder andere diese Innovation zur Lösung ihrer Probleme einsetzen werden. Rheinland-Pfalz hat damit über seine Grenzen hinaus uns allen vorangeholfen.

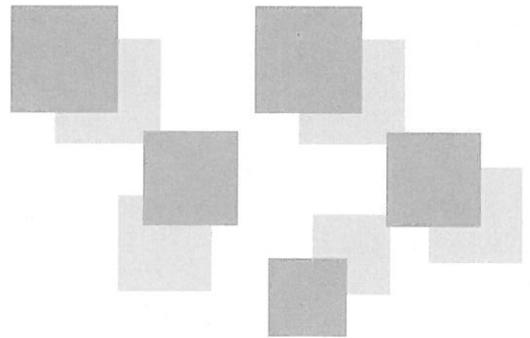
Den per Zufall zur Teilnahme berechtigten „Laien“ gilt mein besonderer Dank, ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die von der Forschungsstelle aus mitgewirkt haben und vor allem aber Frau Ministerin Dreyer, die dieses Verfahren konzentriert begleitet hat.



Professor Dr. Peter C. Dienel  
Leiter der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung  
Bergische Universität Wuppertal

# **KAPITEL 2**

## **DANKSAGUNG**



Günter Holthoff  
 Ysabel Höpfner  
 Lars Ibach  
 Sascha Ingenbrand  
 Manuela Jeshat  
 Peter Jonas  
 Ernst Juli  
 Andreas Jung  
 Sr. M. Elena Karle  
 Thomas Kasperczyk  
 Ute Katzenberger-Probst  
 Andrea Keil- Burger  
 Wolfgang Kiefer  
 Dirk Kirberg  
 Margit Klein  
 Karin Kleudgen  
 Rita Klupsch  
 Beate Kögel  
 Martin Koffmahn  
 Jan Kohlhaas  
 Mathis Krannich  
 Rosemarie Krause  
 Roland Krieg  
 Dieter Krüger  
 Antonio Künitz  
 Elisabeth Kurz  
 Bernd Lang  
 David Lang  
 Kerstin Ledwig  
 David Ledwig  
 Ferdinand Ledwig  
 Dieter Leonhard  
 Sigrun Leue  
 Kurt Lücke  
 Sabine Luft-Günther  
 Frank Mägdefessel  
 Christine Maihöfer  
 Hildegard Marquenie  
 Steffi Meinhard  
 Irene Metternich  
 Ingrid Meuren-Liebmann  
 Thomas Mitschke  
 Jutta Mitschke

Mehran Mohajerifar  
 Jakob Müller  
 Winfried Müller  
 Brigitte Nieder  
 Jasmin Nink  
 Theo Oberwinder  
 Franz van Ooyen  
 Markus Otto  
 György Palfalvi  
 Else Papenfuß  
 Bärbel Paschke  
 Heidemarie Passon  
 Elfriede Pretz  
 Thessa Randau  
 Günther Reingans  
 Gislinde Reinhold  
 Werner Rohde  
 Ines Rossa  
 Nahed Sabbagh  
 Gregor Samary  
 Gabriele Sauerborn  
 Clemens Scharf  
 Stefanie Schell  
 Andreas Schermer  
 Markus Schmidt  
 Edith Schmidt  
 Werner Schmitz  
 Dominic Schneider  
 Susanne Schneider  
 Volker Schneider  
 Ursula Scholz  
 Irene Scholz  
 Julianna Schramm  
 Paul Schuh  
 Marianne Schwinn  
 Peter Simon  
 Ferdinand Staudt  
 Willfried Steiff  
 Dominic Stein  
 Matthias Stein  
 Gisela Steines  
 Heike Steinmetz-Jähnke  
 Monika Stolle

Maria Surges  
 Dorit Tenspolde  
 Ursula Ternes  
 Ute Theiß  
 Yvonne Thorwarth  
 Adelheid Trapp  
 Norbert Wack  
 Renate Wahsner  
 Stefanie Walter  
 Suzanna Waskari  
 Brigitte Weidlich  
 Ute Weiersbach  
 Margarete Wessel  
 Heide Wildenhahn  
 Kerstin Würkert  
 Manfred Wüst  
 Vera Wüst  
 Katharina Zens  
 Ursula Zenz  
 Bernhard Zorn

### Den Referentinnen und Referenten

In den meisten Arbeitseinheiten stellten bis zu drei Referentinnen und Referenten den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern Wissen und Informationen zur Verfügung. Die Referentinnen und Referenten setzten sich aus Expertinnen und Experten verschiedenster Organisationen, Verbände, Vereine, Stiftungen und Institute zusammen. Zum Teil handelte es sich um unabhängige Fachleute. Wir danken folgenden Sachverständigen, die durch Ihre Referate eine fundierte Diskussionsgrundlage schufen.

Herr Dr. Ludwig Böckmann  
 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

reitung und die Durchführung der Planungszellen unterstützt hat.

### Den Vertretern und Vertreterinnen der Parteien

Im Rahmen der Planungszellen hatten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, Fragen an verantwortliche Politiker zu stellen. Für das Politikerhearing stellten sich Vertreterinnen und Vertreter folgender Landtagsfraktionen zur Verfügung.

SPD  
FDP  
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Wir danken den Fraktionen für ihr Erscheinen.

Die Landtagsfraktion der CDU entschied sich aus politischen Gründen gegen eine Teilnahme am Bürgergutachten.

### Den Unterstützenden vor Ort

An allen Orten der Durchführung wurden wir von vielen Menschen unterstützt. Alle zu nennen ist hier leider nicht möglich.

Die Planungszellen eins und zwei tagten in der kreisfreien Landeshauptstadt Mainz, im Abgeordnetengebäude der Landesregierung Mainz. Wir danken der Landtagsverwaltung Rheinland-Pfalz für die kostenfreie Nutzungsmöglichkeit der Räumlichkeiten, sowie Frau Ulla Brede-Hoffmann, MdL, die dem Team der Planungszelle ihr

persönliches Büro zur Verfügung gestellt hat.

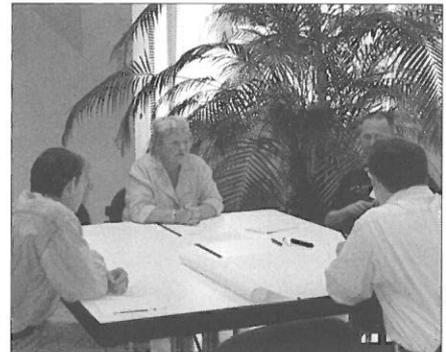
Die Planungszellen drei und vier tagten in der kreisfreien Stadt Trier im Bürgerhaus Trier Nord. Wir danken dem Hausherrn Herrn Weimayer und seinem Team.

Die Planungszellen fünf und sechs tagten in der Stadt Vallendar, in der Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung. Wir danken dem Hausherrn Herrn Prof. Dr. Dr. Klaus Brockhoff und dem Team der WHU. Besonders danken wir in Vallendar Herrn Dieter Klöckner, MdL, der uns bei der Organisation der Durchführung sehr geholfen hat.

Die Planungszellen sieben und acht tagten in der Verbandsgemeinde Kusel, in der Kreissparkasse Kusel. Hier danken wir besonders Herrn Stadtbürgermeister Jochen Hartloff, MdL, der uns mit der Kreissparkasse Kusel in Kontakt gebracht hat und insbesondere Herrn Direktor Käfer und seiner Mitarbeiterin Frau Barth. Die Räumlichkeiten der Kreissparkasse wurden kostenlos zur Verfügung gestellt.

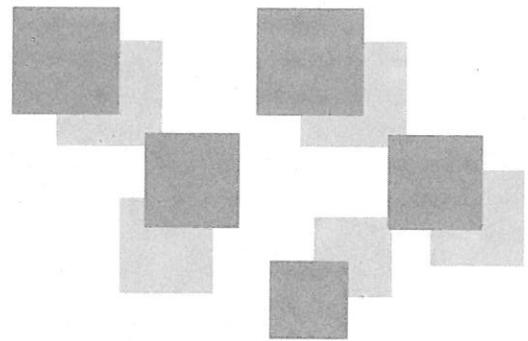
### Den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern der Bürgergutachter

Das Verfahren Planungszelle Rheinland-Pfalz war vom rheinland-pfälzischen Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur als Weiterbildungsmaßnahme anerkannt. Wir danken den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, die ihren



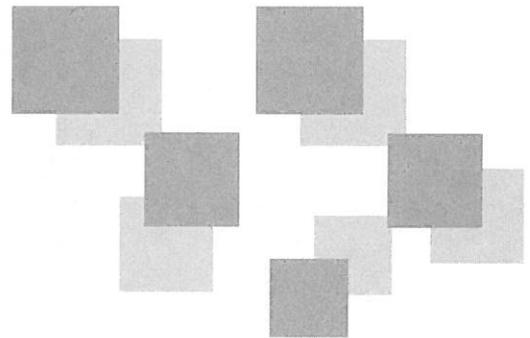
# KAPITEL 3

## DER AUFTRAG



# KAPITEL 4

## DAS VERFAHREN



### Die Zufallsauswahl der Teilnehmer/innen

Eine Planungszelle besteht aus ca. 25 Personen, die in einem Zufallsverfahren aus den Einwohnerregistern der Gemeinden ausgewählt werden. Jede Einwohnerin, jeder Einwohner ab 16 Jahren hat die Chance teilzunehmen. Niemand kann sich zur Teilnahme an der Planungszelle freiwillig melden. Dadurch wird eine heterogene Zusammensetzung der Bürgergutachter/innen garantiert. Alle Altersgruppen, soziale Schichten und beide Geschlechter werden gleichermaßen berücksichtigt. Auf diese Weise ist ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung in den Planungszellen hergestellt.

### Mehrtätige, intensive und sachorientierte Arbeit

Die Erarbeitung komplexer Themenstellungen erfordert Zeit für Information, Erörterung und Entscheidungsfindung, zugleich aber auch einen Rahmen, der ein Ausufern der Diskussionen verhindert. Die Bürgergutachter/innen arbeiten vier Arbeitstage lang intensiv und nach einem festen Arbeitsprogramm an der Aufgabe. Das Thema wird vom Auftraggeber gestellt. Die Forschungsstelle strukturiert die Inhalte und den Ablauf des Verfahrens frei und selbstständig nach den standardisierten Verfahrensregeln. Der Arbeitstag einer Planungszelle umfasst acht Stunden. Damit jede/r ausgewählte Bürger/in an der Planungszelle teilnehmen kann, muss

eine Freistellung von alltäglichen Verpflichtungen sichergestellt werden. Damit sind sowohl die Erwerbsarbeit, als auch außerberufliche Verpflichtungen wie Kinder-, Kranken- und Altenbetreuung gemeint.

In einigen deutschen Bundesländern ermöglicht das jeweils gültige Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz die Beurlaubung mit Gehaltsfortzahlung zum Zwecke der persönlichen Weiterbildung. Die Planungszelle „Miteinander der Generationen in einer älter werdenden Gesellschaft“ wurde vom Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur Rheinland-Pfalz als politische Bildungsmaßnahme anerkannt.

Freiberuflich Tätige erhalten bei Bedarf einen Verdienstausschlag, der ihren Einkommensausfall während der Bürgergutachtertätigkeit ersetzt.

Auffallend war, bei diesem Verfahren, dass zunehmend mehr Bürger/innen auf die Möglichkeit zur Beantragung des Bildungsurlaubes verzichtet haben und stattdessen ihren Jahresurlaub zur Verfügung stellten.

Die Kosten für die Betreuung von Familienangehörigen werden für die Dauer des Verfahrens ebenfalls übernommen.



### Das Plenum

Die Ergebnisse der Kleingruppenarbeit werden im Plenum präsentiert und gesammelt. Anschließend erhält jede Teilnehmerin, jeder Teilnehmer die Möglichkeit, alle Empfehlungen zu sichten und individuell durch Bepunktung zu bewerten.

Auf der Grundlage von mehrseitigen Informationen, ausgetauschter Lebenserfahrung und persönlichen Standpunkten werden so schrittweise Lösungsvorschläge erarbeitet. Die Resultate einzelner Arbeitseinheiten sind Zwischenergebnisse. Darüber hinaus unterstützt die Auseinandersetzung mit den Einzelfragen die Bürgergutachter/innen bei der Formulierung ihrer abschließenden Empfehlungen.

### Die Neutralität in der Moderation

Die Bürgergutachter/innen werden bei ihrer Arbeit durch erfahrene Moderatoren – eine Frau und ein Mann – unterstützt. Sie führen durch das Programm, erläutern die Abläufe der einzelnen Arbeitseinheiten und achten auf den Zeitplan. Die Moderatoren nehmen weder auf die Inhalte des Programms, noch auf die Vermittlung der Sachinformationen Einfluss. Die Neutralität der Moderatoren wird durch die parallele Durchführung (mit einer Stunde Zeitverschiebung) von zwei Planungszellen an einem Ort gestützt. Zudem steht für alle organisatorischen Fragen und Probleme jederzeit eine Tagungsassistentin oder ein Tagungsassistent bereit.

### Das Gutachten.

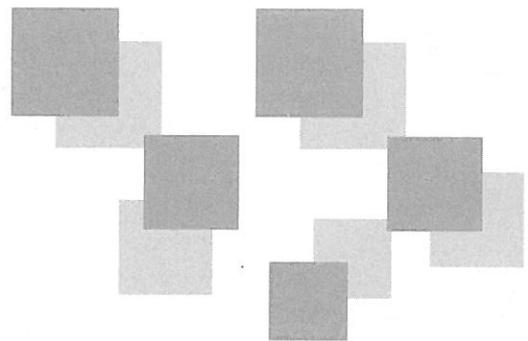
#### Dokumentation und Veröffentlichung der Ergebnisse

Die von den Bürgergutachtern/innen erarbeiteten Ergebnisse und Bewertungen werden fortlaufend dokumentiert und gesammelt. Sie sind das Datenmaterial, auf dessen Grundlage die Arbeitsergebnisse vom Durchführungsträger, der Forschungsstelle für Bürgerbeteiligung & Planungsverfahren der Bergischen Universität, in Form eines Bürgergutachtens zusammengefasst werden. Das Gutachten enthält eine Beschreibung der Aufgabenstellung und des Verfahrens, eine Darstellung des Auswahlverfahrens und des Ablaufes der Planungszellen. Kernstück des Bürgergutachtens sind die verdichteten und



# KAPITEL 5

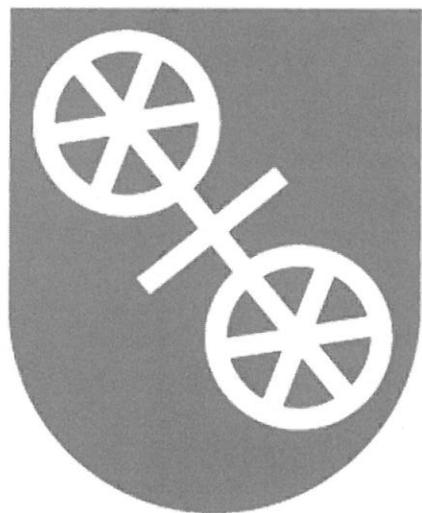
## PROJEKTORGANISATION UND -ABLAUF



## Stadt Mainz

Als Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz ist Mainz zentral am Zusammenfluss von Rhein und Main gelegen. Mainz verfügt mit seinen über 2000 Jahren über viele Sehenswürdigkeiten wie die Altstadt mit dem im 10. Jahrhundert erbauten Dom, das Kurfürstliche Schloss, das Staatstheater, sowie zahlreiche Museen.

Die Stadt liegt verkehrsgünstig im Rhein-Main-Gebiet. Es besteht eine sehr gute Anbindung an Bahn und Autobahn sowie an den 20 km entfernten Flughafen. Durch die Verkehrsinfrastruktur ist Mainz ein bevorzugter Standort für Unternehmen und Dienstleister aus verschiedenen Branchen, wie z.B. IBM, das ZDF oder das Max-Planck-Institut. Die Bevölkerung verteilt sich auf



eine Fläche von 98 km<sup>2</sup>. Bei einer Einwohnerzahl von über 202.000 bedeutet das eine Bevölkerungsdichte von 1895 Menschen pro Quadratkilometer. Damit zählt Mainz zu den dicht besiedelten Gebieten Deutschlands.

## Stadt Trier

Trier ist mit seiner mehr als 2000-jährigen Geschichte die älteste Stadt Deutschlands. Zahlreiche Baudenkmäler zeugen noch immer von der einst prachtvollen Römerstadt.

Heute ist die kreisfreie Stadt Trier Oberzentrum der Region Trier und Bischofs- und Universitätsstadt.

Trier ist Mittelpunkt des Weinbaugebiets an Mosel, Saar und Ruwer. Die Stadt ist außerdem Standort



# TRIER

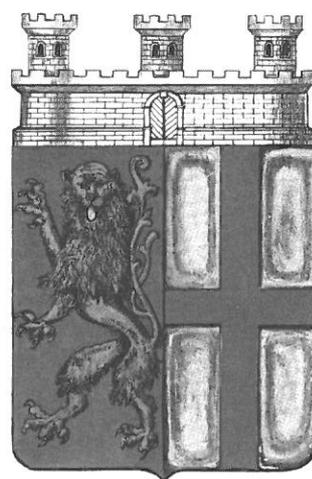
bedeutender Unternehmen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der Textilindustrie, der Feinmechanik, des Baugewerbes und des Kunsthandwerks. Trier ist Einkaufszentrum des Trierer Landes und des benachbarten Auslands. Ein Güterverkehrszentrum und ein Industrie- und Umschlaghafen befinden sich am Moselschiffahrtsweg.

Die Stadt Trier hat 107.000 Einwohner/innen und eine Bevölkerungsdichte von 854 Einwohner/innen pro Quadratkilometer und zählt zu den mittelmäßig dicht besiedelten Gebieten Deutschlands.

## Verbandsgemeinde Vallendar

Die Stadt Vallendar ist das Mittelzentrum der Verbandsgemeinden Vallendar, Niederwerth, Urbar und Weitersburg.

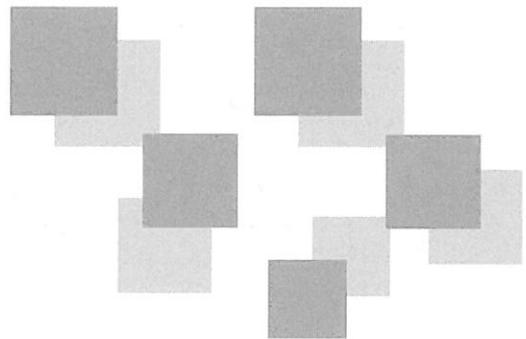
In Vallendar dominiert das Dienstleistungsgewerbe. Zwei Hochschulen, das Berufsförderungswerk, die



Neurologische Klinik und die klösterlichen Einrichtungen gehören zu den wichtigsten Einrichtungen der Stadt. Daneben weist die Stadt Vallendar eine ansehnliche Palette örtlicher Gewerbebetriebe und Einzelhandelsgeschäfte auf. Die Stadt Vallendar hat 10.097 Einwohner/innen, die Verbandsgemeinde Vallendar eine Bevölkerungsdichte von 641 Einwohner/innen pro Quadratkilometer.

# **KAPITEL 6**

## **DAS ARBEITSPROGRAMM**



# Der Tagungsverlauf

1. Tag	2. Tag	3. Tag	4. Tag
Einführung in das Thema Aufnahme der Ausgangs- situation der Bürgergutachter/innen Wünsche und Ängste zum Thema Alter	Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz	Lebensgewohnheiten: Wohnen im Alter	Themenrückblick und „Open Space“
Diskriminierung aufgrund des Alters und Generationengerechtig- keit	Förderung der Berufsfä- higkeit, Teilhabe älterer Men- schen am Arbeitsleben	Neue Lebens- und Solidaritätsformen der Generationen	Aktionsplan Alterspolitik
Privater, familiärer Res- sourcenaustausch zwi- schen den Generationen	Potenziale der Seniorin- nen und Senioren	Spezielle Interessen: Altersrisiken von Minderheiten	Neue Generationenprojekte
Staatlich regulierter Res- sourcenaustausch zwi- schen den Generationen	Ortsbegehung: Themat- scher Spaziergang	HEARING Politik	Abschlussplenum Verfahrensbewertung



im Plenum präsentiert und von den Moderatoren an Flipcharts gesammelt. Zum Abschluss hatte jede/r Bürgergutachter/in die Möglichkeit, die Ergebnisse, die sich in der Regel in zwei Aufgabenstellungen unterteilten, mittels 10 Klebepunkten individuell zu bewerten.

Die von den Expertinnen und Experten präsentierten Informationen sowie der Austausch persönlicher Kenntnisse und Erfahrungen der Bürgergutachter/innen bildeten die Grundlage für das Gespräch in den Kleingruppen. Im Folgenden wird diese Informationseingabe Arbeitseinheit für Arbeitseinheit in komprimierter Form skizziert. Hiermit soll ein detaillierter Einblick in den Meinungsbildungsprozess vermittelt werden, damit die vorgelegten Empfehlungen noch genauer eingeschätzt werden können.

In den einzelnen Arbeitseinheiten wurden die folgenden Themen – in chronologischer Reihenfolge – erörtert:

#### **AE01 – Einführung – Wünsche und Ängste zum Thema Alter**

Nach der Begrüßung durch die Hausherren (oder deren Vertreter) der jeweiligen Tagungsorte wurden die Bürgergutachter/innen in Themenstellung, Ablauf und Verfahren der Planungszelle eingeführt.

Zur Aufnahme der Ausgangssituation der Bürgergutachter/innen diente ein Einzelfragebogen.

Die erste Gruppenarbeit diente der Problemfokussierung durch die Bürgerinnen und Bürger selbst. Sie formulierten ganz spontan ihre Wünsche, Hoffnungen sowie Sorgen, Ängste im Hinblick auf das Alterwerden.

#### **AE02 – Diskriminierung aufgrund des Alters und Generationengerechtigkeit**

Ziel der zweiten Arbeitseinheit war die Sensibilisierung der Bürgergutachter/innen für existierende Formen von lebensaltersabhängiger Diskriminierung. Dieses Thema findet in der Öffentlichkeit bisher noch keine große Beachtung. Der Schwerpunkt der Arbeitseinheit lag sowohl auf Kinder- und Jugendlichendiskriminierung, als auch auf Formen der Diskriminierung alter Menschen.

Zunächst illustrierte Frau HANNE SCHWEITZER, Leiterin des Büros gegen Altersdiskriminierung Köln, an konkreten Situationen und Beispielen, wie ältere Menschen in ihrem alltäglichen Leben Diskriminierung erfahren. Sie verdeutlichte, dass Diskriminierung die aktive und selbstständige Teilhabe an der Gesellschaft stark beschränkt.

Im Anschluss erläuterte Herr JÖRG TREMMEL, geschäftsführender Vorstand der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, den Grad der Benachteiligung der nachrückenden Generation. Dabei konzentrierte er sich vor allem auf die



#### AE04 – Staatlich regulierter Ressourcenaustausch zwischen den Generationen

Die Krise der Renten ist ein medial weit verbreitetes und emotional hochaufgeladenes Thema. Wie das staatliche Rentensystem aus der Krise herausgeführt werden soll, darüber gehen in Politik und Gesellschaft die Meinungen weit auseinander.

In dieser Arbeitseinheit erhielten die Bürgergutachter/innen Gelegenheit, sich über die ursprünglichen Vorstellungen und Grundprinzipien des Rentensystems und Ansätze alternativer Überlegungen zu informieren.

Herr ANDREAS PEIFER, Landesvorsitzender des Sozialverbandes VdK, bzw. Herr CLEMENS WEINKE, Prozessbevollmächtigter des Sozialverbandes VdK, beleuchteten in ihrem Vortrag das historische Entstehen und die positiven und negativen Aspekte des Solidaritätsprinzips der Rente. Sie hoben hervor, dass die Krise des Rentensystems insbesondere durch sachfremde Mittelverwendung des Staates herbeigeführt worden sei.

Frau PETRA ERBRAT, Referentin der Katholischen Frauengemeinschaft Bistum Trier, stellte ein modernisiertes Rentenmodell vor, welches wesentliche Defizite des klassischen Rentenmodells, z.B. die Verkettung der gesetzlichen Rente mit Erwerbstätigkeit oder die geringfügige Berücksichtigung von familiär geleisteter Betreuungsarbeit, ausgleicht.

In der Gruppenarbeit durchdachten die Bürgergutachter/innen die Vor- und Nachteile des staatlichen Rentensystems. Sie sammelten Empfehlungen, wie viel an privater Altersvorsorge dem Einzelnen zugemutet werden kann und welche Pflichten dem Staat bei der Verhinderung von Altersarmut zukommen sollen.

#### AE05 – Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz

Nach der Bestandsaufnahme des ersten Tages wurde am zweiten Tag der Blickwechsel auf das zukünftige „Miteinander der Generationen“ eingeleitet.

Der demografische Wandel ist, ähnlich wie die Rente, ein breit diskutiertes Thema in der Öffentlichkeit. Teilweise behandeln die Medien den demografischen Wandel so, als sei mit einem Untergang der Zivilisation zu rechnen.

Den Bürgergutachter/innen wurde in dieser Arbeitseinheit die Möglichkeit gegeben, sich auf der Basis von Zahlen – Daten – Fakten ein nüchternes Bild bezüglich der zu erwartenden Veränderungen zu machen.

Herr DR. LUDWIG BÖCKMANN, Referent des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, stellte verschiedene Modellrechnungen zum erwarteten Rückgang der Geburtenrate und zum Anstieg der Lebenserwartung vor. Er erläuterte die wesentlichen Konsequenzen des prognos-



### AE08 – Ortsbegehung: Thematischer Spaziergang

Ziel der Ortsbegehung war es im Unterschied zu den anderen Arbeitseinheiten nicht, auswertbare Ergebnisse zu produzieren, sondern eine Sensibilisierung für die Möglichkeiten der Begegnung der Generationen in der eigenen Umgebung - eine Momentaufnahme der eigenen Umwelt - zu erreichen. Zudem wurde der Kreativität der Bürgergutachter/innen Raum gegeben. Die Ortsbegehung stellt insgesamt eine gruppenspezifische Erweiterung dar, die der sehr strukturierten Gestaltung der übrigen Arbeitseinheiten ergänzend gegenübersteht. Die Gutachter/innen wurden je Kleingruppe mit einer Kamera und



einem Film mit 10 Bildern ausgestattet. Die Gutachter/innen hatten die Aufgabe, Orte der Begegnung zwischen Jung und Alt zu finden und Orte zu finden, an denen diese Begegnung nicht stattfindet, aber besonders sinnvoll und wünschenswert wäre.

### AE09 – Lebensgewohnheiten

Die Arbeitseinheit hatte zum Ziel, die Bedeutung des gewohnten Lebensraumes für ältere Menschen aufzuzeigen.

Frau HELENA RETTENBACH, Referentin der Planwerkstatt Wiesbaden, zeigte die Vor- und Nachteile der verschiedenen Wohnformen auf. Mit ihrem Vortrag strich sie heraus, dass bestimmte Vorkehrungen in Bezug auf das Wohnen schon in jüngeren Jahren getroffen werden müssten. Nur dann sei es möglich, auch im hohen Lebensalter weitgehend selbstständig in der gewohnten Umgebung verbleiben zu können. Sie erläuterte außerdem, welche neuen Formen sozialer Vernetzung bereits existieren, um das Fehlen der Familie und/oder fehlende finanzielle Mittel zu kompensieren, wenn die Selbstständigkeit im hohen Lebensalter abnimmt.

In der Kleingruppe diskutierten die Bürgergutachter/innen, welche Maßnahmen der/die Einzelne treffen kann, um die Selbstständigkeit auch im hohen Alter möglichst lange zu erhalten. Im zweiten Schritt erarbeiteten die Gutachter/innen staatliche Unterstützungsmöglichkeiten.

### AE10 – Neue Lebens- und Solidaritätsformen der Generationen

In dieser Arbeitseinheit wurden konkrete Lebens- und Solidaritätsformen der Generationen vorgestellt,

die nicht auf Familienbande bzw. verwandtschaftlichen Beziehungen gründen.

Frau TRUDE REIBERT, Bewohnerin des Hauses Mobile Köln, stellte die Konzeption des Mehrgenerationenhauses Mobile vor. Sie beschrieb die bestehenden Formen und Grenzen der gegenseitigen häuslichen Unterstützung. Eines der Merkmale des Hauses Mobile ist die angestrebte ausgewogene Mischung aller sozialen Schichten. Frau Reibert sprach außerdem Probleme an, die mit dem Leben in der häuslichen Gemeinschaft entstehen können.

Herr PETER MACHETANZ, „Kleiner Bürgermeister“ und angestellter Mitarbeiter des Schammatdorfes Trier, erläuterte den Bürgergutachter/innen das Schammatdorf von der Konzeption bis hin zum konkreten gemeinschaftlichen Zusammenleben und der gegenseitigen Unterstützung. Zudem beschrieb er seine Tätigkeit in der Koordination des dörflichen Gemeinschaftslebens.

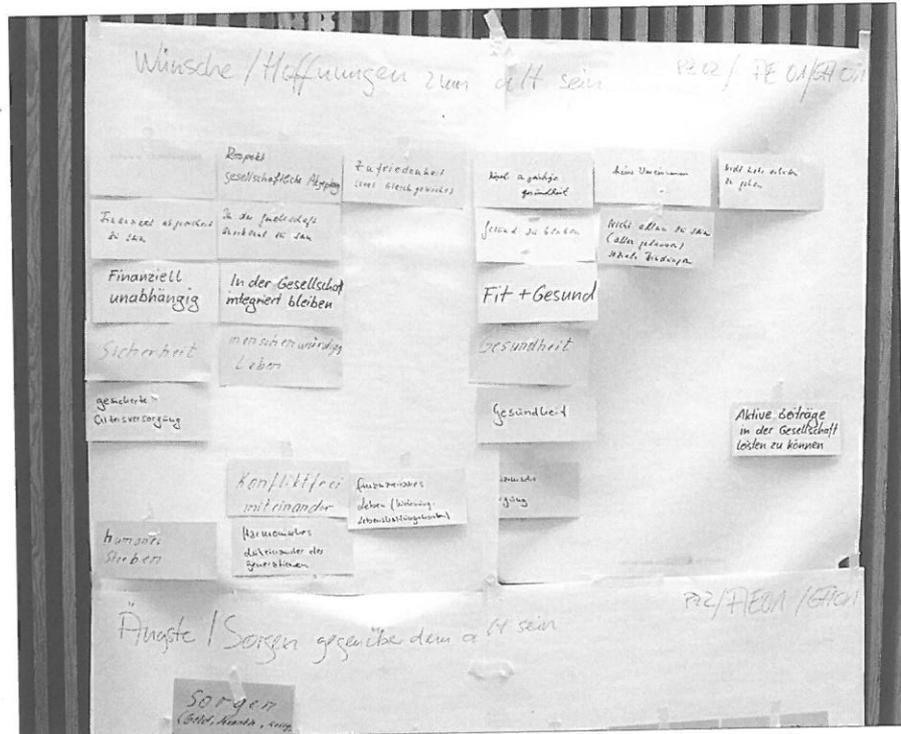
Die Bürgergutachter/innen diskutierten während der Kleingruppenarbeit die Vor- und Nachteile der vorgestellten Projekte und sammelten deren vorbildliche Aspekte. Zudem arbeiteten sie weitere Lebens- und Solidaritätsformen heraus, die für das Miteinander der Generationen außerhalb der Familie förderlich sein können.

### AE13 – Themenrückblick und „Open Space“

Der letzte Arbeitstag stand vollständig für die Aus- und Umgestaltung eines solidarischen, gerechten Miteinanders der Generationen zur Verfügung. An diesem Tag wurden die Bürgergutachter/innen nicht mehr durch Referentinnen bzw. Referenten informiert, sondern erarbeiteten auf der Grundlage der vorherigen Diskussionsprozesse ihre Empfehlungen.

In der ersten Arbeitseinheit – einem so genannten „Open Space“ – hatten die Teilnehmer/innen Gelegenheit, im Verfahren aufgetauchte inhaltliche Fragestellungen eingehender miteinander zu besprechen und sich Klarheit über die verschiedenen Standpunkte zu verschaffen. Hier war auch Raum für Themen, die in den vorherigen Tagen nicht behandelt wurden, denen die Bürgergutachter/innen aber eine sehr hohe Bedeutung beimaßen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse bildeten das Fundament für die weitere Arbeit am Bürgergutachten.

In der Kleingruppenarbeit einigten sich die Bürgergutachter/innen auf die bedeutsamsten Bereiche hinsichtlich des Miteinanders der Generationen in einer älter werdenden Gesellschaft. Mittels eines Einzelarbeitsbogens konnten sie anschließend ihren eigenen Standpunkt reflektieren und festlegen, welche der genannten Themenkreise für sie von Belang sind.



### AE14 – Aktionsplan „Alterspolitik“

Die gesamte Arbeitseinheit war für die Arbeit in der Kleingruppe reserviert. Auf Grundlage der Rückschau aller erarbeiteten Zwischen- und Detailergebnisse stellte jede Kleingruppe ein Gesamtkonzept auf, das auf die Erhaltung und Verbesserung des Generationenverhältnisses gerichtet ist. Hierbei sollte der Fokus nur auf den jeweils wichtigsten Zielen einer Alterspolitik liegen. Zu jedem Ziel gaben die Bürger/innen an, mit welchen konkreten Maßnahmen es umgesetzt werden sollte und wie es finanziert werden könnte<sup>1</sup>. Hierbei sind die Finanzierungsvorschläge nicht als detailliertes Konzept zu verstehen,

sondern als grundsätzliches Nachdenken über die Finanzierbarkeit von Zielen und Maßnahmen. Die Bürgergutachter/innen dokumentierten die erarbeiteten Ziele, Maßnahmen und Finanzierungsmöglichkeiten einer Alterspolitik auf Plakaten und präsentierten dies im Plenum.

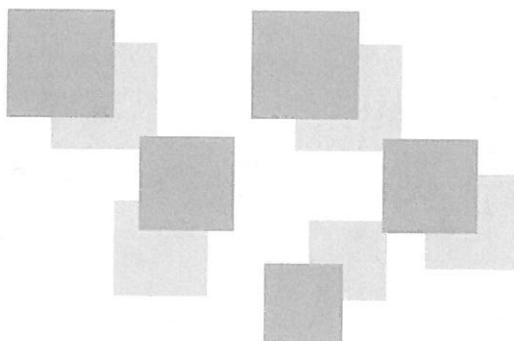
### AE15 – Neue Generationenprojekte

Die Bürgergutachter/innen erhielten die Aufgabe, entlang der von ihnen formulierten Ziele und Maßnahmen für eine zukünftige Alterspolitik ein Projekt zu kreieren. Dieses Projekt soll dazu dienen, das Miteinander der Generationen zu verbessern, das soziale Engagement zu fördern

<sup>1</sup> Die Planungszellen in Mainz sind an dieser Stelle von der Verfahrensweise abgewichen (vgl. nächstes Kapitel AE14).

# **KAPITEL 7**

## **DIE TEILNEHMERINNEN UND TEILNEHMER**



### Altersverteilung

An diesem Bürgergutachten haben Frauen und Männer im Alter von 16 bis 92 Jahren mitgearbeitet.

Um das Alter der Teilnehmenden mit den amtlichen Daten vergleichen zu können, wurde es in drei Altersgruppen zusammengefasst, entsprechend der Einteilung des rheinland-pfälzischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung. Die Altersstruktur der Bürgergutachter/innen im Bereich 20 bis 60 Jahre und über 60 Jahre spiegelt die Alterstruktur der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz annähernd wider. Die Altersgruppe der 16- bis 20-Jährigen ist im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Rheinland-Pfalz deutlich stärker vertreten. Das Thema „Miteinander der Generationen in einer älter werdenden Gesellschaft“ hat also ein hohes Interesse bei der jüngeren Bevölkerung geweckt.

Alter der Gutachter/innen		
Alter	Anzahl	Prozent
bis 20 Jahre	16	10,0
21-30 Jahre	18	11,3
31-40 Jahre	18	11,3
41-50 Jahre	39	24,4
51-60 Jahre	27	16,9
61-70 Jahre	30	18,8
71-80 Jahre	8	5,0
81-90 Jahre	3	1,9
über 90 Jahre	1	0,6
<b>Gesamt</b>	<b>160</b>	<b>100,0</b>

Bevölkerung in Rheinland-Pfalz 2000		
Alter	Anzahl	Prozent
16-20 J.	131913	4,0
20-60 J.	2225192	66,7
über 60 J.	976793	29,3
<b>Gesamt</b>	<b>3333898</b>	<b>100,0</b>

Alter der Gutachter/innen		
Alter	Anzahl	Prozent
16-20 J.	16	10,0
20-60 J.	102	63,7
über 60 J.	42	26,3
<b>Gesamt</b>	<b>160</b>	<b>100,0</b>

**Bürgerschaftliches Engagement**

Für die Beurteilung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens ist interessant, wie viele der Teilnehmenden sich auch außerhalb der Tätigkeit als Bürgergutachter/in gesellschaftlich engagieren und wieviele Personen mitwirken, die sich bislang wenig aktiv politisch oder sozial beteiligt haben.

Es wurde nach der Zugehörigkeit zu Vereinen, Bürgerinitiativen und Parteien gefragt.

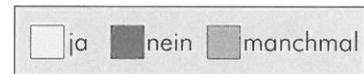
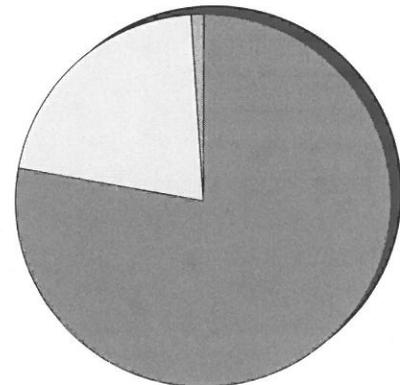
Von den 160 Teilnehmer/innen, die diese Frage beantwortet haben, gaben 82 an, dass sie keiner Partei/Bürgerinitiative, keinem Verein usw. angehören. Von den Bürgergutachter/innen sind 54 Personen Mitglied in einem Verein. Neun Personen sind in mehreren Institutionen Mitglied, unter anderem im Verein, in der Partei und in der Gewerkschaft. Fünf der Bürgergutachter/innen gehören einer Kirchengemeinde oder religiösen Gemeinschaft an

und zwei einer Partei. Acht der Planungszellenteilnehmer/innen engagieren sich in sonstigen Initiativen.

Die Bürgergutachter/innen wurden zudem gefragt, ob sie sich in ihrer Gemeinde engagieren. Diese Frage haben 155 der Teilnehmenden beantwortet. 121 (78,1%) der Gutachter/innen engagieren sich nicht in ihrer Gemeinde; 32 (20,6%) sind in ihrer Gemeinde aktiv und 2 (1,3%) engagieren sich manchmal.

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass es dem Bürgergutachten „Miteinander der Generationen in einer älter werdenden Gesellschaft“ gelungen ist, eine sehr große Zahl von Menschen zu beteiligen, die bisher nicht oder nur hin und wieder politisch bzw. gemeinnützig aktiv geworden sind.

**Engagieren Sie sich in der Gemeinde?**



<b>Sind Sie aktives Mitglied in einem Verein, einer Partei, einer Bürgerinitiative oder Sonstigem?</b>		
	Anzahl	Prozent
Nein	82	51,3
Verein	54	33,8
Mehrere Mitgliedschaften (Verein, Partei, Gewerkschaft etc.)	9	5,6
Kirchengemeinde und religiöse Gemeinschaft	5	3,1
Sonstiges	7	4,4
Partei	2	1,3
Bürgerinitiative	1	0,6
<b>Gesamt</b>	<b>160</b>	<b>100,0</b>

ebenso wie die Seniorinnen und Senioren, die am Bürgergutachten mitgewirkt haben (92,1%). Der Anteil der älteren Menschen, die in Drei- oder Mehrpersonenhaushalten leben, fällt sowohl auf Landesebene (9,7%) als auch in den Planungszellen (7,9%) deutlich geringer aus.

#### Pflegebedürftige Haushaltsmitglieder:

Die Betreuung und Pflege von alten und kranken Menschen wird zum größten Teil in der Familie geleistet. Diese Tatsache spiegelte sich bei einigen der Teilnehmenden wider: 5% beantworteten die Frage, ob pflegebedürftige Personen im Haushalt leben, mit ja und gaben die zu pflegende Person als Senior/in an.

#### Kontakte zu jungen und alten Menschen:

85% von 158 Bürgergutachter/innen haben die Frage nach der Häufigkeit des Kontaktes mit jungen Menschen mit häufig bis sehr häufig beantwortet. Nur 7% bezeichneten die Kontakthäufigkeit als mittelmäßig. Weitere 8% der Teilnehmenden bestimmten die Kontakthäufigkeit mit wenig bzw. sehr wenig.

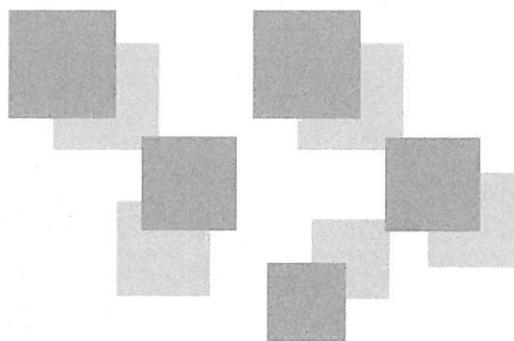
Der Kontakt der Bürgergutachter/innen zu älteren Menschen fällt insgesamt etwas geringer aus. 56% haben häufig bis sehr häufig Kontakt zu älteren Menschen. Immerhin 24% gaben an, mittelmäßig häufig Kontakt zu alten Menschen zu ha-



# KAPITEL 8

## ERGEBNISSE DER ARBEITSEINHEITEN

Im Folgenden sind die Arbeitsergebnisse der Bürgergutachter/innen dargestellt. Es handelt sich um die Empfehlungen der Bürgergutachter/innen an den Auftraggeber: das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit sowie an die Politik im Allgemeinen.



den thematisch ähnlich gelagerte Nennungen in neuen Formulierungen zusammengefasst, um die Ergebnisse zuzuspitzen und Redundanz zu vermeiden. Soweit möglich wurden dabei die Formulierungen der Bürgergutachter/innen übernommen, um die Ergebnisse authentisch wiederzugeben.

### Eine Prozentuierung

der Ergebnisse ist nur im Falle der Auswertung der Einzelbefragungsbögen statistisch sinnvoll. Im Falle der Gruppenarbeitsbögen stimmen die zur Auswahl stehenden Nennungen und Ergebnisse zwischen den Planungszellen nicht überein, da selbstverständlich unterschiedliche Gruppenergebnisse erarbeitet worden sind. Die Bürgergutachter/innen hatten damit jeweils unterschiedliche Wahlmöglichkeiten für ihre Bewertungen.

Eine hohe Punktzahl bedeutet, dass eine Empfehlung an mehreren Tagungsorten und in mehreren Arbeitsgruppen genannt worden ist. Niedrige Punktzahlen bedeuten aber nicht, dass diese Empfehlungen völlig unwichtig wären. Manche Ideen sind nur in einzelnen Arbeitsgruppen entwickelt worden und konnten folglich nur dort bepunktet werden. Entsprechend unterscheiden sich die vorgeschlagenen Maßnahmen. Es hat keine übliche Abstimmung stattgefunden, sondern es wurde eine Rangfolge mit mehreren sinnvollen Empfehlungen aufgestellt. Dennoch lassen sich in der Zusammenschau der

Maßnahmen eindeutige Trends herausarbeiten.

In den Tabellen und im Text wurden zur Verbesserung der Übersichtlichkeit nur Empfehlungen angeführt, die mindestens 10 Punkte erhalten haben. Nennungen mit Punktwerten unter 10 wurden in der Kategorie Einzelnennungen zusammengefasst.

Ausgenommen sind hiervon nur die Arbeitseinheit 14 und 15. Diese zentralen Arbeitseinheiten sind in vollem Umfang dokumentiert.

Regionale Unterschiede sind nur dort erwähnt, wo sie in nennenswertem Umfang aufgetreten sind.

### Tabellen

Zu jeder Arbeitseinheit gibt es eine oder mehrere Tabellen. In ihnen sind die Empfehlungen der Bürgergutachter/innen wiedergegeben. Neben jeder Empfehlung findet sich eine Punktzahl. Die Punktzahl gibt Auskunft über den Rang der Empfehlung.

### Die Arbeitseinheiten 14 und 15 bilden das Hauptergebnis.

Dieses Gesamtkonzept ist das Ergebnis der viertägigen Auseinandersetzung der Bürgergutachter/innen mit den thematischen Teilfragen. Im Laufe der viertägigen Arbeit kommen neue Gedanken auf, in einigen Bereichen wird die Meinung auch verändert. Diese Denkvorgänge und Meinungsänderungen sind beabsichtigt und ein zentraler Prozess innerhalb der Pla-

nungszelle. Alle Empfehlungen in den Arbeitseinheiten 1 bis 13 sind deshalb im Licht dieser Gesamtkonzepte zu sehen und können vor allem als deren Ergänzung, Vertiefung und Erläuterung dienen.

pflegerische Versorgung im Alter wichtig.

Die größte Angst haben die Bürgergutachter/innen vor Einsamkeit, Isolation und sozialer Ausgrenzung im Alter.

Dem folgt die Sorge vor Armut, mangelnder finanzieller Versorgung und nicht ausreichender Rente.

Sehr häufig wurde auch die Angst vor Abhängigkeit im Alter sowohl in körperlicher und psychischer als auch in materieller Hinsicht genannt.

In den Planungszellen Mainz konnte in dieser Arbeitseinheit keine Einzelbewertung mit Punkten vorgenommen werden. Ausgewertet wurde in diesem Fall die Häufigkeit der Kleingruppennennungen. Auch hier betonen die Bürgergutachter/innen den Wunsch, bis ins hohe Alter aktiv am Leben teilhaben zu können und möglichst gesund und finanziell unabhängig zu bleiben.

Die Mainzer Bürger/innen teilen die Angst vor Altersarmut mit den anderen Bürgergutachter/innen, ebenso wie die Furcht vor Krankheit und vor Einsamkeit, Isolation und sozialer Ausgrenzung.

Überblickt man alle Feststellungen der Bürgergutachter/innen in dieser Arbeitseinheit, dann wird deutlich, dass Älterwerden mit der Hoffnung verbunden ist, den bisherigen Lebensstil und Lebensstandard noch möglichst lange erhalten zu können.

Dieses wird anhand der Befürchtungen nochmals illustriert: Die Angst vor dem sozialen Abstieg und vor einer Verschlechterung der Lebenssituation durch Altersgebrechen ist am ausgeprägtesten.

**Arbeitseinheit 1, Aufgabe 2:**

**Bitte einigen Sie sich auf (maximal) drei Aspekte zu Sorgen und Ängsten.**

Vereinsamung im Alter und soziale Ausgrenzung im Alter	115
Mangelnde finanzielle Versorgung – Armut	108
Angst vor Abhängigkeiten	96
Angst vor Krankheit - Pflegebedürftigkeit	84
Angst vor schlechter werdendem Gesundheitssystem	55
Angst vor Diskriminierung	24
Angst vor politischen Entscheidungen	20
Angst vor wachsender Kluft zwischen Jung und Alt	18
Einzelnennungen	20
<b>Gesamtpunktzahl</b>	<b>540</b>

## Arbeitseinheit 03

# Privater, familiärer Ressourcenaustausch zwischen den Generationen

In dieser Arbeitseinheit nahmen die Bürgergutachter/innen die aktuellen Formen des Ressourcenaustausches in der Familie unter die Lupe. Familie ist der zentrale Ort, an dem Fürsorge, Hilfeleistungen, aber auch ein materieller Austausch zwischen den Generationen stattfindet.

In der Gruppenarbeit beschäftigten sich die Teilnehmer/innen mit den positiven und negativen Aspekten des Ressourcenaustausches innerhalb der Familie und gaben Maßnahmen an, mit denen

staatlicherseits familiäre Hilfe gefördert werden kann.

Die höchste Punktzahl erhielt die Forderung nach einer Förderung der häuslichen Pflege. Der Staat soll familiär geleistete Pflege vor allem mit finanziellen Mitteln unterstützen und zugleich dafür Sorge tragen, dass die professionelle Beratung der pflegenden Familienmitglieder in ausreichendem Umfang gewährleistet wird.

Die Bürgergutachter/innen fordern insgesamt eine familienfreundlichere Politik. Sie verlangen sowohl die ökonomische Besserstellung

der Familie, als auch einen politisch unterstützten Wertewandel durch Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung. „Familie ist chic“, so bringt eine Formulierung aus der Planungszelle Vallendar die - von allen Bürgergutachter/innen - anvisierte Trendwende auf den Punkt. Eine weitere familienpolitische Forderung der Bürgergutachter/innen ist die qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung und der Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder und Jugendliche.

### Arbeitseinheit 3, Aufgabe 1:

#### Mit welchen Maßnahmen kann die Familie bzw. können familiäre Netzwerke von Seiten des Staates gefördert werden?

Förderung der häuslichen Pflege	134
Ökonomische Besserstellung von Familie	116
Aufwertung der Familie (Wertewandel)	116
Verbesserung der Kinderbetreuung durch Ganztagsangebote (Kindergarten und Schule)	94
Stärkere Anrechnung der Kindererziehung auf die Rente und Pflegeversicherung	62
Flexiblere Arbeitszeiten zur besseren Vereinbarkeit mit Familie	58
Finanzielle Gleichstellung von Familien- und Erwerbsarbeit	34
Arbeitsplatzgarantie und Pflegeurlaub	34
Wohngemeinschaften für Senioren fördern	24
Gleichstellung (Mann/Frau) im Erziehungsprozess	23
Offenlegung und Überprüfung der finanziellen Ausgaben der Kranken- und Pflegeversicherung	21
Einzelnennungen	47
<b>Gesamtpunktzahl</b>	<b>763</b>

Die zweite Frage lautete: Was kann der Staat zur Verhinderung von Altersarmut tun?

Die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist die wichtigste Forderung der Bürgergutachter/innen an den Staat. In den Planungszellen Vallendar und Kusel erreichte diese Forderung entweder den höchsten oder zweithöchsten Punktwert.

Beinahe ebenso wichtig ist den Bürgergutachter/innen, dass der Staat Elend und Not im Alter verhindert. Zur Gewährleistung einer Grundversorgung im Alter wird die Einführung einer Sockel- bzw. Mindestrente befürwortet.

Des Weiteren sollen Vermögende finanziell in die Pflicht genommen werden. Diese Empfehlung bezieht sich auf den Wunsch nach einer erhöhten Steuergerechtigkeit; vorgeschlagen wurde auch eine Sonderabgabe der Reichen, um die steigende Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern.



**Arbeitseinheit 4, Aufgabe 2:**

**Was kann der Staat zur Verhinderung von Altersarmut tun?**

Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen	139
Einführung einer Sockelrente	136
Staatl. Umverteilung von Armut und Reichtum	73
Gleichberechtigung von Bürgern, Beamten und Politikern	66
Staatliche Förderung privater Rentenversicherung (Steuererleichterung, Information)	63
Zweckbindung der Rentenkassenbeiträge	54
Gemeinnützige Arbeit für Sozialhilfeempfänger	38
Renten nicht versteuern	34
Gesetzliche Pflicht zur privaten Altersvorsorge	32
Anrechnung von Erziehungszeiten und „Pflegeurlaub“ auf die Rente	31
Steuervergünstigungen für Unternehmen, die Betriebsrente zahlen	21
Einzelnennungen	42
<b>Gesamtpunktzahl</b>	<b>729</b>

darüber hinaus die Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Nach Einschätzung der Bürgergutachter/innen wird der abnehmende Lebensstandard das Hauptproblem für die ältere Generation sein.

Darüber hinaus erwarten die Teilnehmer/innen der Planungszellen eine Verschlechterung der medizinischen und pflegerischen Versorgung.

Die Bürgergutachter/innen befürchten außerdem, dass mehr und mehr Menschen im Alter in die Armut abgleiten werden. Diesem Aspekt wurde von den Bürger/innen in Vallendar besonders deutlich zugestimmt (45 von 97 Punkten).

Überschaut man die enormen finanziellen Probleme, die die Bürgergutachter/innen aufgrund des demografischen Wandels für die junge und ältere Generation erwarten, ist es erstaunlich, dass der „Krieg der Generationen“ (siehe Tabelle 1) trotzdem keine Rolle spielt (das Item „soziale Spannungen“ ist zum einen sehr allgemein, zum anderen hat es nur einen Punktwert von 37).

**Arbeitseinheit 5, Aufgabe 2:**

**Welche Probleme können durch den demografischen Wandel auf die ältere Generation zukommen?**

Fallendes Rentenniveau und geringerer Lebensstandard	189
Schlechtere medizinische und pflegerische Versorgung	109
Altersarmut	97
Steigerung der Gesundheits- und Pflegekosten	89
Verlängerung der Lebensarbeitszeit	68
Rückgang der Lebenserwartung wegen schlechtem Gesundheitswesen	26
Fehlender sozialer Austausch zwischen den Generationen	25
Vereinsamung wegen mangelnder Kontaktmöglichkeiten	21
Fehlende Vermarktung der Qualität älterer Arbeitnehmer	20
Diskriminierung Älterer	19
Geringere familiäre + öffentliche Versorgung (hohe Kosten)	15
Abhängigkeit von familiären + staatlichen Zuwendungen	15
Einzelnennungen	59
<b>Gesamtpunktzahl</b>	<b>752</b>

2. Damit die Fähigkeiten und Erfahrungen von älteren Menschen für den Beruf möglichst lange erhalten bleiben und genutzt werden können, empfehlen die Bürgergutachter/innen eine Intensivierung des gleitenden Übergangs in die Rente von Seiten des Staates. Im Einzelnen werden Alters-Teilzeitarbeit und flexiblere Arbeitszeiten für ältere Menschen für wesentlich gehalten. So soll jeder entsprechend seiner körperlichen und psychischen Möglichkeiten länger als bisher im Berufsleben verbleiben können. Nahezu ein Drittel der gesamten Punktwerte (35) erhielt die-

se Förderung von den Bürger/innen der Planungszellen in Vallendar. Allen Bürgergutachter/innen ist ferner wichtig, dass der Staat für die berufliche Weiterbildung und Umschulung von älteren Menschen die Verantwortung trägt. An dritter Stelle fordern sie den Erlass von Gesetzen, die die berufliche Diskriminierung von älteren Menschen unterbinden.

<b>Arbeitseinheit 6, Aufgabe 2:</b>	
<b>Was kann die Politik tun, um die beruflichen Fähigkeiten und Erfahrungen von älteren Menschen zu erhalten und zu nutzen?</b>	
Flexibles Renteneintrittsalter ermöglichen	104
Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen für ältere Menschen	70
Gesetze gegen Diskriminierung Älterer	52
Gesundheitliche Vorsorge fördern	40
Zuschüsse für Betriebe, die altersgerechte Arbeitsplätze schaffen	37
Senioren in die Berufsausbildung einbeziehen, Mentorenprogramme	31
Zusammenarbeit von Alt und Jung	31
Senioren-Unternehmensbörse	30
Perspektiven schaffen für die Kompetenz älterer Menschen	23
Öffentlichkeitsarbeit gegen die Diskriminierung Älterer	15
Seniorenpool: Förderung für kleinere und mittlere Betriebe	14
Einzelnennungen	54
<b>Gesamtpunktzahl</b>	<b>501</b>

# Arbeitseinheit 07

## Potenziale der Seniorinnen und Senioren

Die Erfahrungen und Kompetenzen von älteren Menschen spielen nicht nur in der Berufswelt eine Rolle. Das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen trägt zur Verbesserung des Allgemeinwohls bei.

In dieser Arbeitseinheit nahmen die Bürgergutachter/innen die Möglichkeiten unter die Lupe, die ältere Menschen haben, um sich für das Gemeinwohl zu engagieren.

Den Teilnehmer/innen wurden zwei Fragen gestellt.

Die erste Frage lautete: Welche persönlichen Bedingungen müssen erfüllt sein, damit sich ältere Menschen nach ihrem Berufsleben für das Allgemeinwohl engagieren?

Inwieweit sich ein Mensch für das Allgemeinwohl engagiert, hängt in den Augen der Gutachter/innen sehr stark von seiner/ihrer inneren Motivation ab.

Das bürgerschaftliche Engagement setzt außerdem voraus, dass der Mensch körperlich und psychisch gesund ist und uneingeschränkt aktiv sein kann.

Jemand engagiert sich im Alter dann am ehesten für das Allgemeinwohl, wenn sie/er über soziale Kompetenzen wie z.B. Flexibilität, Offenheit und Kommunikationsfähigkeit verfügt.

Aus der Sicht der Bürgergutachter/innen ist also die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement bei den „jungen Alten“ am größten.

### Arbeitseinheit 7, Aufgabe 1:

#### Welche persönlichen Bedingungen müssen erfüllt sein, damit sich ältere Menschen nach ihrem Berufsleben für das Allgemeinwohl engagieren?

Interesse, Motivation	172
Körperliche und geistige Gesundheit	171
Soziale Kompetenzen wie z.B. Kontaktfreudigkeit, Offenheit	154
Finanzielle Sicherheit	82
Eigene geordnete, zufriedenstellende Verhältnisse	48
Gesellschaftliche Akzeptanz der individuellen Fähigkeiten	26
Sachkenntnis, Informiertheit	23
Familiäre und gesellschaftliche Unterstützung	22
Passende Angebote, Möglichkeiten	17
Zeit haben	15
Einzelnennungen	9
<b>Gesamtpunktzahl</b>	<b>739</b>

## Arbeitseinheit 08

### Ortsbegehung: Thematischer Spaziergang

Der öffentliche Raum (die Stadt, das Dorf) hat einen wesentlichen Einfluss auf die Ausgestaltung des Miteinanders der Generationen. Eine Gemeinschaft lebt und entwickelt sich durch die Begegnung und durch Kommunikation der Menschen.

Die Ortsbegehung sah eine Einteilung der Bürgergutachter/innen in Kleingruppen von Beginn der Arbeitseinheit an vor. Im Rahmen der Ortsbegehung wurde den Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit gegeben, Eindrücke ihrer Stadt, ihrer Umgebung unter Bezugnahme des Generationenkontaktes und -austausches durch die Gestaltung eines Plakates festzuhalten. Hierzu erhielten die Bürgergutachter/in-

nen eine Kamera mit 10 Sofortbildern, sowie im Anschluss an die Begehung Material zur Gestaltung eines Plakates.

Ziel der Ortsbegehung war es im Unterschied zu allen anderen Arbeitseinheiten nicht, auswertbare Ergebnisse zu produzieren, sondern eine Sensibilisierung für die Situation der Begegnung der Generationen in der eigenen Umgebung, eine Momentaufnahme der eigenen Umwelt zu erschaffen. Gleichzeitig wurde Raum für die Kreativität der Bürger/innen ermöglicht. Die Ortsbegehung stellt insgesamt eine gruppendynamische Erweiterung dar, die der sehr strukturierten Gestaltung der übrigen Arbeitsein-

heiten ergänzend gegenübersteht. Es erfolgte keine Bepunktung.

Die Ergebnisse dieser Arbeitseinheit machten deutlich, dass außerhalb der Familie wenige selbstverständliche Begegnungs- und Kommunikationsmöglichkeiten der Generationen im Alltag existieren. Es wurden viele Bereiche, Gebäude in der näheren Umgebung gefunden, wo diese Begegnung sinnvoll wäre und ermöglicht werden könnte. Gerade der Austausch zwischen den Generationen, so in vielen Plakaten dargestellt, sei wesentlich, um gegenseitiges Verständnis und Engagement zu fördern.



Die zweite Frage lautete: Was kann Politik tun, damit auch hochaltrige Menschen in ihrem gewohnten Lebensumfeld verbleiben können?

Der Staat soll vor allem das barrierefreie Bauen im Rahmen der Stadtplanung fördern. Vorgeschlagen wurden darüber hinaus eine gesetzliche Quotenregelung für barrierefreie Wohnungen im sozialen, als auch im privaten Wohnungsbau. Hier sollen finanzielle Anreize eine zusätzliche Motivation schaffen, entsprechenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Der Staat soll die sozialen Dienste in umfangreichem Maße ausbauen und finanzieren, so lautet eine weitere wichtige Forderung der Teilnehmer/innen.

Als dritte Maßnahme fordern die Bürgergutachter/innen, dass der Staat den (existierenden) gesetzlichen Regelungen bezüglich des altersgerechten Bauens mehr Gewicht verleiht.

<b>Arbeitseinheit 9, Aufgabe 2:</b>	
<b>Was kann Politik tun, damit auch hochaltrige Menschen in ihrem gewohnten Wohn- und Lebensumfeld verbleiben können?</b>	
Förderung des barrierefreien Bauens	186
Förderung der Organisation öffentlicher Unterstützungs- und Pflegedienste	105
Gesetzliche Regelungen für altengerechtes Bauen durchsetzen	90
Erhaltung von sozialem Jahr und Zivildienst	43
Barrierefreies Bauen im Architekturstudium als Pflicht	42
Abbau der Bürokratie, auch für nachbarschaftliche Dienstleistungen	40
Keine steuerlichen Nachteile für zukunftsicherndes Sparen	34
Öffentlichkeitsarbeit zur Aufklärung Medienprojekt	29
Seniorenbüros flächendeckend einrichten	29
Förderung der Familie (finanzielle Anreize, organisierte Strukturen für Erziehungsarbeit in der Familie)	24
Finanzielle Unterstützung in Härtefällen	24
Senioren-WGs im gewohnten Umfeld ermöglichen, fördern	24
Planung von Altenzentren in Innenstädten statt in Peripherie	18
Förderung von ehrenamtlichen Hilfen	18
Alternativprojekte schaffen (z.B. Tauschbörse)	17
Einzelnennungen	48
<b>Gesamtpunktzahl</b>	<b>771</b>

2. Welche weiteren neuen Lebens- und Solidaritätsformen können das Miteinander der Generationen fördern?

Nach Ansicht der Bürgergutachter/innen ist das gemeinsame Wohnen, Leben und Arbeiten die beste Voraussetzung um die Solidarität zwischen den Generationen zu fördern.

Vom Mehrgenerationenhaus bis zur altersgemischten Hofgemeinschaft sollen Modelle gefördert und unterstützt werden. Börsen, an denen zwischen Jung und Alt kleinere Dienstleistungen getauscht werden,

können gleichfalls dem Zusammenhalt der Generationen zuträglich sein.

Die Einrichtung von Zentren und Begegnungsstätten im öffentlichen Raum, z.B. auf dem Ortsteilmarktplatz oder in großen Wohnanlagen, soll dazu beitragen, dass sich junge und alte Menschen kennen lernen. Der direkte Austausch zwischen den Generationen ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Jung und Alt.

**Arbeitseinheit 10, Aufgabe 2:**

**Welche weiteren neuen Lebens- und Solidaritätsformen können das Miteinander der Generationen fördern?**

Generationsübergreifende Wohnformen	240
Tauschbörsen für kleinere Dienstleistungen	157
Kontaktzentren und Begegnungsstätten	70
Große Wohnungen	62
Senioren-WGs	33
Seniorentagesstätten	23
Familienähnliche Patenschaften	23
Wohninteressenbörse	22
Neue Wohnmodelle mit medizinischer Grundversorgung	22
Eigenes Wissen teilen (Sprachkurs etc.)	22
Stadtteilprojekte	21
Straßen- und Nachbarschaftsfeste	16
Kooperationen von Alt + Jung	14
Nachbarschaftshilfe	14
Soziales Pflichtjahr	13
Einzelnennungen	42
<b>Gesamtpunktzahl</b>	<b>794</b>

2. Was kann der Staat tun, um die Altersrisiken von Minderheiten zu verhindern?

Die Verbesserung des Gesundheitssystems durch mehr Prävention sehen die Bürgergutachter/innen als die wichtigste staatliche Aufgabe zur Verhinderung von Altersrisiken bei Minderheiten. Das heißt konkret, fort vom Krankheits- und hin zum Gesundheitssystem. In diesem Zusammenhang sollen die Vorbeugung und Gesundhaltung belohnt werden. Hier fordern die Gutachter/innen gleichfalls die Rücknahme

der Praxisgebühr und die Minderung der Zuzahlung bei Medikamenten. Darüber hinaus sollte das Gesundheitssystem die konkreten Belange von Minderheiten stärker berücksichtigen, indem Ärzte und Pflegepersonal besser qualifiziert werden.

Gettobildung soll durch gezielte Wohnungsbaupolitik verhindert werden.

Der Staat soll ferner ausländische Menschen und insbesondere neue Einwanderer dazu verpflichten, die deutsche Sprache zu erlernen.

**Arbeitseinheit 11, Aufgabe 2:**

**Was kann der Staat tun, um die Altersrisiken so genannter Minderheiten zu reduzieren**

Verbesserung des Gesundheitssystems	135
Gettoisierung vermeiden, Integration fördern	104
Sprachliche Bildung fördern und neue Einwanderer verpflichten	102
Bürokratie (gesetzliche Bestimmungen) vereinfachen	65
Förderung von multikulturellen Angeboten und Projekten	58
Aufklärung und Beratung über zur Verfügung stehende Hilfsangebote	46
Gesetze zum Schutz von Minderheiten	34
Institutionen der Solidargemeinschaft erhalten	33
Patientenchip zur Vermeidung von Doppelbehandlungen	29
Bonushefte für Bildungs-/Freizeitangebote => positive Verstärkung von aktivem Verhalten	26
Verbesserte gesundheitliche Aufklärung	19
Vorbereitung auf die Risikogruppen	17
Multikulturelle Begegnungsstätten fördern	15
Forum für Minderheiten schaffen	15
Einzelnennungen	73
<b>Gesamtpunktzahl</b>	<b>771</b>

## Arbeitseinheit 13

### Themenrückblick und „Open Space“

In der Arbeitseinheit 13 setzten sich die Bürgergutachter/innen gezielt mit den bisher behandelten Themen auseinander. Hier hatten die Teilnehmer/innen Gelegenheit, im Verfahren aufgetauchte inhaltliche Fragestellungen eingehender miteinander zu besprechen und sich Klarheit über die verschiedenen Standpunkte zu verschaffen.

Hier war auch Raum für Themen, die an den vorherigen Tagen nicht behandelt wurden, denen die Bürgergutachter/innen aber eine sehr hohe Bedeutung beimaßen.

Die daraus gewonnenen Erkenntnisse bildeten das Fundament für die weitere Arbeit am Bürgergutachten.

In der Kleingruppenarbeit einigten sich die Bürgergutachter/innen auf die bedeutsamsten Bereiche hinsichtlich des „Miteinanders der Generationen in einer älter werdenden Gesellschaft“.

Die Aufgabe lautete: Welches sind die wichtigsten Themen, die in die Planung des zukünftigen „Miteinanders der Generationen“ mit einbezogen werden sollten?

Folgende drei Schwerpunkte einer zukünftigen Alterspolitik kristallisierten sich heraus:

1. Sozialverträgliches Rentensystem
2. Familienförderung
3. Verbesserung von Schul- und Ausbildung

In Trier, Vallendar und Kusel konnten die Bürgergutachter/innen mittels eines Einzelfragebogens diese Rangfolge nochmals in Bezug auf ihren eigenen Standpunkt und auf die Möglichkeiten der persönlichen und politischen Einflussnahme reflektieren. Hierbei zeigte sich, dass auch in der Einzelwertung die drei oben genannten Themenbereiche die zentrale Rolle spielen. Die Familienförderung und die Reform des Schulsystems hielten die Bürgergutachter/innen dabei für sehr beeinflussbar, die Reform des Rentensystems dagegen nicht.

#### Arbeitseinheit 13, Aufgabe 1:

**Welches sind die wichtigsten Themen, die in die Planung des zukünftigen Miteinanders der Generationen miteinbezogen werden sollten?**

Sozialverträgliches Rentensystem	99
Familienförderung	97
Verbesserung des Schul- und Ausbildungssystems	52
Staatliche Förderung von Eigeninitiative und privater Vorsorge	35
Bezahlbares Gesundheitssystem	29
Kontakt zwischen den Generationen und Toleranz	25
Flexible und längere Lebensarbeitszeit	23
Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung	20
Neue Lebens- und Wohnformen	18
Soziales Pflichtjahr für Jugendliche	10
Einzelnennungen	46
<b>Gesamtpunktzahl</b>	<b>454</b>

<b>Arbeitseinheit 14:</b>	
<b>Was sind nach Ihrer Ansicht die wichtigsten Ziele einer Alterspolitik?</b>	
Verhinderung von Altersarmut	133
Verbesserung des Bildungssystems	97
Förderung der Familie	69
Miteinander der Generationen fördern	56
Schaffung von Arbeitsplätzen	49
Kontrollierte Zuwanderung	44
Integration älterer Menschen ins Arbeitsleben	43
Verbraucherpolitik, die sich an der älteren Generation orientiert	36
Verbesserung des Gesundheitssystems	36
Arbeitsmarktpolitik für Behinderte	21
Alterspolitik, die europäisch ausgerichtet ist	19
Förderung von ehrenamtlicher Arbeit	18
Stadtteilbüros zur Koordination, Information, Vernetzung und Beratung	16
Lastenausgleich zwischen den Generationen finden	16
Soziale Ungerechtigkeit abbauen, gerechte Ressourcenverteilung	15
Altersspezifische Grundbedürfnisse stillen	14
Eigenverantwortung fördern	14
Förderung von alternativen Wohn- und Lebensformen	13
Integration ein Leben lang	13
Absicherung der Sozialversicherungskassen durch das Grundgesetz	10
Nachhaltige Umweltschutzpolitik	10
Globalisierte Politik	10
Motor der frühzeitigen Bewusstseinsveränderung	10
Flexibilität: Bürokratie abbauen, Beschäftigung	9
Soziales Grundjahr für Jugendliche nach der Schule	9
Probleme des demografischen Wandels beheben	6
Miteinander: Familie, Nachbarschaft, Toleranz	6
<b>Gesamtpunktzahl</b>	<b>776</b>

bunden, der nachwachsenden Generation auch zukünftig Chancen zur Ausbildung und zum Erhalt eines Arbeitsplatzes einräumen zu können. Nach Ansicht der Bürgergutachter/innen sollen gerade hier die Kompetenzen der älteren Menschen, die bereits aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, stärker einbezogen werden.

Eine weitere wichtige Maßnahme sehen die Bürgergutachter/innen in der Vereinheitlichung des Bildungssystems. Vergleichbare Schulabschlüsse sollen die Konkurrenz der jungen Generation um Ausbildung und Arbeitsplätze fairer gestalten.

Die Qualität der schulischen Bildung hängt aus der Sicht der Gutachter/innen nicht nur von den Schülerinnen und Schülern ab, deshalb wird von den Bürger/innen sowohl eine bessere Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte als auch die Verbesserung des Lernklimas empfohlen.

**Förderung der Familie**

Die finanzielle Förderung der Familie durch den Staat sehen die Bürgergutachter/innen als die herausragende Maßnahme einer Alterspolitik an. Das heißt konkret entweder eine steuerliche Entlastung der Familie oder die einkommensabhängige/einkommensunabhängige Erhöhung des Kindergeldes. Damit ist auch gemeint, dass zukünftig aus der Kindererziehung gleiche Rentenansprüche abgeleitet werden sollen wie aus der Erwerbstätigkeit.

**Arbeitseinheit 14:**

**Maßnahmen zur Förderung der Familie**

Finanzielle Besserstellung der Familie	46
Verbesserung der Kinderbetreuung, Kindertagesstätten, Ganztagschulen	35
Familienfreundliche (Lebens-)Arbeitszeitmodelle	24
Werbung für Familie	15
Bewusstseinsstärkung	15
(Kostenlose) Beratung für Familien	10
Familie stärken	5
Grundgesetzänderung: Unantastbarkeit der Sozialkassen	1
<b>Gesamtpunktzahl</b>	<b>106</b>

Eine weitere wichtige Aufgabe sehen die Bürgergutachter/innen darin, dass die Betreuungsmöglichkeiten insbesondere für kleine Kinder verbessert und ausgebaut werden. Sie fordern ferner von der Politik, darauf einzuwirken, dass die Arbeitszeiten flexibler und familienfreundlicher werden, damit sich Familie und Beruf besser vereinbaren lassen.

Die „Keimzelle“ Familie ist nach Ansicht der Bürgergutachter/innen die geeignetste Form, um den Austausch der Ressourcen zwischen Jung und Alt zu gewährleisten.

Die Projekte der Bürgergutachter/innen:

Die Vorschläge der Bürgergutachter/innen konzentrierten sich in augenfälliger Weise auf eine besondere Form des ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlichen Engagements:

### **Die nachbarschaftliche Freiwilligenagentur (insgesamt 10 Projekte)**

Das Gemeinsame dieser Projekte ist der Bedarf nach einer örtlichen Anlaufstelle, die organisiert und koordiniert. Diese Anlaufstelle soll nachbarschaftliche Netzwerkbildung erleichtern und fördern. Schwerpunktmäßig handelt es sich um Tauschbörsen von kleineren Dienstleistungen, über Babysitten, kurzfristiger Kinder- und Altenbetreuung und Gartenarbeit bis hin zur Haushaltshilfe.

In einigen Projekten soll die Freiwilligenagentur zudem ständig den Bedarf an Hilfe ermitteln und daraus neue, innovative Freiwilligenprojekte initiieren. In einem Projektvorschlag heißt dies konkret; die Freiwilligen Agentur soll die Findung, Umsetzung und Vermittlung von Ideen für alternative Wohnprojekte des Zusammenlebens aller Generationen bündeln.

In manchen Projekten soll die Agentur gleichzeitig dazu dienen, Kurs- und Bildungsangebote für Alt und Jung gemeinsam anzubieten.

Vielfach soll die Freiwilligenagentur Öffentlichkeitsarbeit in eigener Sache betreiben sowie allgemein über

die Möglichkeiten ein Ehrenamt zu leisten, informieren.

(PZ02: Haus der Generationen; Social X Change; Agentur für AnNa. PZ04: Gewinn, Generationen wohnen in nächster Nähe. PZ03: JuSe. PZ05: Netzwerkbüro. PZ06: Zentrum „Mach mit“ konkretes Projekt vor Ort. PZ07: Generationenbüro, Krass, dass wir uns hier sehen. PZ08: Puzzle e.V.; Oldie Power Station (OPS).

### **Alternatives Wohnen**

Sechs der entwickelten Projekte planen alternatives Wohnen. Alle diese neuen Wohnformen bieten Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen verbesserte Bedingungen für das nachbarschaftliche und solidarische Miteinander.

### **Alternative Häuser**

Zwei der Hausprojekte wenden sich gegen die Anonymität großer Hausgemeinschaften. Sie werben für eine erhöhte gegenseitige Hilfsbereitschaft, die allen Mitbewohner/innen im alltäglichen Miteinander zu Gute kommen soll.

Zwei weitere Projekte planen den Neubau bzw. die Neugestaltung eines Mehrgenerationenhauses. Die gegenseitige alltägliche Hilfe in der Nachbarschaft ist auch hier selbstverständlich. Gemeinsame Aktivitäten wie Tanzen, Theater, Ausflüge oder Fortbildungskurse gehören zum Herzstück des Zusammenlebens und stärken die Solidarität.



### Begegnungsstätten

Fünf der erarbeiteten Projekte empfehlen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Solidarität die flächendeckende Errichtung von ehrenamtlich getragenen Begegnungsstätten für alle Menschen. Der Schwerpunkt dieser Projekte liegt auf Kommunikation, auf Erfahrung- und Kulturaustausch.

Drei der Projekte betonen, dass auch Spiel, Freude und Wohlbefinden beim bürgerschaftlichen Engagement nicht fehlen sollten. Gemeinsame positive Aktivitäten tragen wesentlich zur Verbesserung des Generationenverhältnisses bei, so eine Kernaussage der Projekte. Auf diese Weise wird die Motivation, ein Ehrenamt zu übernehmen, gefördert und gestärkt.

In zwei der Begegnungsstätten sind außerdem Agenturen angesiedelt, die den Austausch von kleineren Dienstleistungen wie Kinderbetreuung und Hausaufgabenhilfe organisieren und koordinieren.

(PZ01: Kultur Kaffee; Come Together. PZ03: Traumhaus; Haus Samselurium. PZ05: Jung & Alt fürs Wellamare [bezieht sich auf einen realen Ort]).

### Eine bessere Gesellschaft

Ein politisch unterstütztes bürgerschaftliches Engagement, so der Tenor vier weiterer Projekte, schafft gesellschaftliche Stabilität und kommt dem Zusammenleben aller Menschen zugute. Kommunikation in der Gesellschaft, insbesondere zwischen der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern, so der Rat in zwei Projekten, ist die Voraussetzung für das Engagement und die Integration aller Beteiligten. Wenn zukünftig alle Menschen in dieser Form zusammenhalten, hat dies positive Auswirkungen auf alle zentralen Lebensbereiche, z.B. die Familie, den Arbeitsmarkt, die Rente, die Ausbildung.



Das setzt voraus, so in einem Projekt ausdrücklich betont, dass Alter und Erfahrung nicht mehr negativ angesehen werden.

Es wird z.B. vorgeschlagen, die berufliche Kompetenz in Form von ehrenamtlicher Beratungstätigkeit bei verschiedenen Problemen in der Arbeitswelt anzubieten.

Für das Wissen und die Erfahrungen der alten Menschen zu werben und dies dann gezielt für den Berufseinstieg von Jugendlichen zu nutzen, ist gleichfalls ein Vorschlag dieser Projekte.

Des Weiteren wird dafür plädiert, die Schule zu öffnen, damit die berufliche Kompetenz der älteren Menschen in den Lehrplan aufgenommen werden kann.

(PZ01: Aufsteigen – Aber Wie? Richtig Einsteigen. PZ04: Breitere gesellschaftliche Beteiligung an Aus- bzw. Weiterbildung. PZ05: Oldies but Goldies).

**Einzelne Projekte**

Ein Projekt hatte zum Ziel, mittels Ehrenamt eine Fabrik aufzubauen, die es denjenigen Menschen möglich macht an der Arbeitswelt teilzunehmen, die ansonsten keine Chancen mehr haben. Hier sollen junge und alte Menschen einen Arbeitsplatz finden, der ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten entspricht. Die gegenseitige Unterstützung kommt allen zu Gute.



## Exemplarische Darstellung von Projekten

An dieser Stelle sind einige Projekte exemplarisch beschrieben. Die Texte sind im Wesentlichen dem Originalton der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter entnommen. Bilder aller weiteren Projekte befinden sich im Anhang.

Die Präsentationen sämtlicher Projekte wurden vor Ort mit einer Videokamera aufgenommen und werden Frau Ministerin Dreyer bei der feierlichen Übergabe des Gutachtens als DVD überreicht.

### Beispiele für die nachbarschaftliche Freiwilligenagentur:

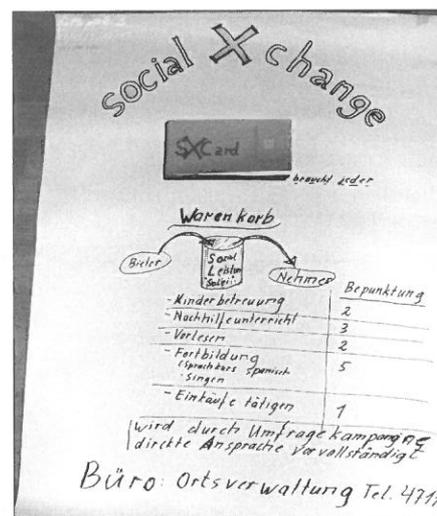
Social X Change (PZ02 Mainz)

Social X Change bietet einen Warenkorb von sozialen Leistungen - kurz Solei genannt - an. Auf der einen Seite gibt es Anbieter, auf der anderen Seite gibt es Nehmer. Im „Solei“ gibt es z.B. Kinderbetreuung, Nachhilfeunterricht, Vorlesen, Fortbildung (Sprachkurs Spanisch, Singen) und einen Einkaufsdienst.

Mit einer Umfragekampagne in Kaufhäusern, Schulen, Vereinen usw. wird regelmäßig der Bedarf und der Bestand an sozialen Dienstleistungen ermittelt.

Damit zwischen Anbietern und Nehmern Ausgewogenheit besteht, wird allen sozialen Dienstleistungen ein entsprechender Punktwert zugeordnet. Derjenige, der eine Dienstleistung in den Warenkorb hinein gibt, kann auch eine entsprechende Dienstleistung wieder herausnehmen. Jeder, der bei diesem Projekt mitwirken will braucht deshalb eine SXC-Card.

Die Organisation dieser Freiwilligenagentur wird von der Ortsverwaltung vorgenommen. Unter der Telefonnummer 4711 können Interessenten nähere Informationen erhalten.



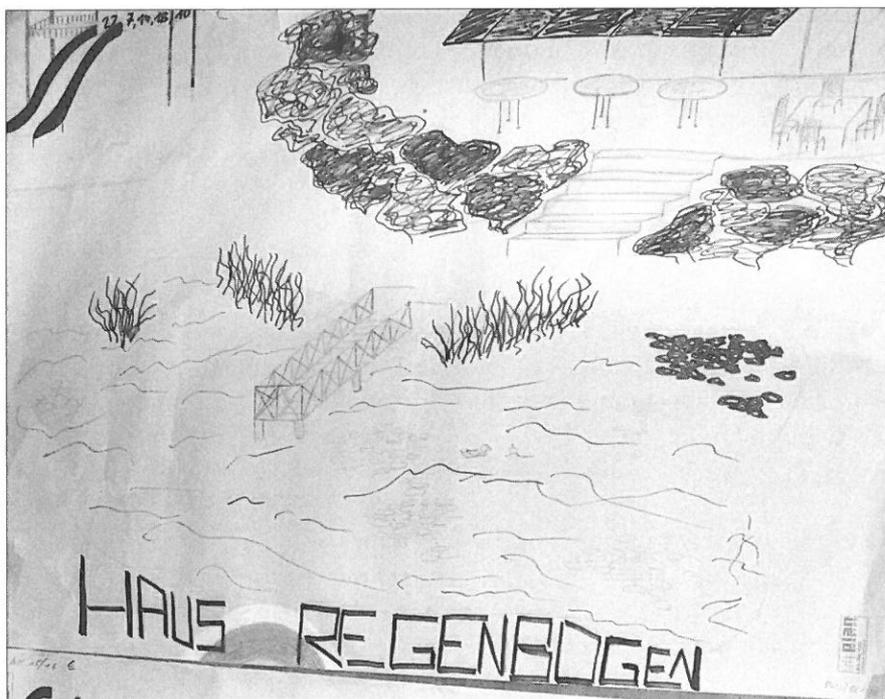
## Beispiele für alternatives Wohnen:

### Haus Regenbogen (PZ02 Mainz)

„Haus Regenbogen“ ist ein offenes Haus mit geselligem Leben, in dem verschiedene Generationen zusammenwohnen. Das Haus ist fest verankert im Stadtteil. Der Name „Haus Regenbogen“ bringt zum Ausdruck, dass es sich um ein buntes, lebendiges und vielfältiges Haus handelt, was sowohl die Zusammensetzung seiner Bewohner, als auch die dort stattfindenden Aktivitäten betrifft.

„Haus Regenbogen“ ist eine Eigeninitiative mit dem Ziel des selbstbestimmten Wohnens. Es wurde mit privater Anschubfinanzierung und öffentlichen Fördermitteln erbaut. Die Interessen- und Investorengemeinschaft erstellte einen Ausstattungskatalog, legte gemeinsam die zukünftige Nutzung des Hauses fest und wählte die Bewohner aus. Die Interessensgemeinschaft zielte von Anbeginn auf eine Mischung von Wohnen, Geschäftsräumen und Dienstleistungen ab. Einige Räume der Wohnanlage sind vermietet, z.B. an eine Arztpraxis, an eine Praxis für Physiotherapie, an einen Frisör und an eine Reinigung. Die Mieteinnahmen aus den vermieteten Gewerberäumen kommen dem Projekt zu Gute.

Jeder, der in diesem Haus wohnen will, wird zu Dienstleistungen verpflichtet, z.B. zu Kinderbetreuung,



Einkaufsdiensten, Pflege der Anlage. Die Leistungen werden mit einem Bonussystem bewertet. Je mehr Bonuspunkte erworben werden, desto geringer fällt die Belastung bei der Miete und den Umlagen aus.

Sowohl die innere Aufteilung des Hauses, als auch die Außenanlage sind so gestaltet, dass die Generationen miteinander sehr viel Schönes erleben können. Es gibt ein Gemeinschaftskaffee, einen Abenteuerspielplatz und eine Parkanlage mit einem Teich. Den Gründungsmitgliedern ist wichtig, dass nicht nur alte Menschen in diesem Haus wohnen, sondern auch Familien.

Das Gemeinschaftscafé ist mehrmals in der Woche geöffnet. Hier

treffen sich nicht nur die Bewohner des Hauses, sondern Menschen aus der gesamten Umgebung. Es gibt eine Kontaktbörse, die auf den gesamten Stadtteil bezogen ist. Hier ist auch der Treffpunkt für „Ehrenamtler“.

In der Wohnanlage gibt es einen Mehrzweckraum für Veranstaltungen mit angeschlossener Gemeinschaftsküche, z.B. für Familienfeiern. Auf der Basis des Ehrenamtes werden Kurse, z.B. für altersgerechte Ernährung, Spaßkochkurse für Senioren und Enkel, angeboten. Weitere Angebote auf ehrenamtlicher Basis: Kinderbetreuung, Hausaufgabenhilfe, Seniorengymnastik, Tanzkurse, Tanztee.

Ein weiterer Schwerpunkt des häuslichen Lebens sind die gemein-

**Beispiel für Begegnungsstätten:**

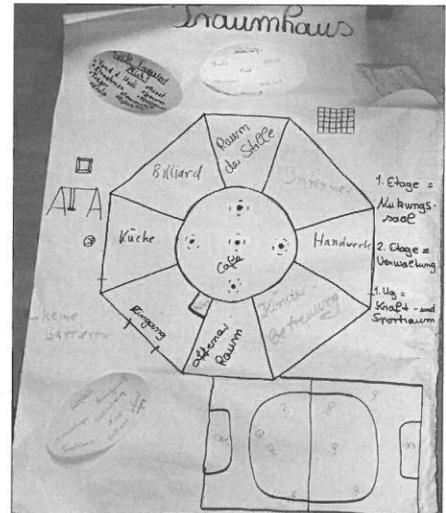
Traumhaus (PZ03 Trier)

Die Begegnungsstätte „Traumhaus“ ist ein Ort, der alle Menschen zusammenführt, und zwar nicht nur Alt und Jung, sondern auch Arm und Reich, sowie Menschen aus verschiedenen Kulturen.

Bemerkenswert ist die innovative Architektur des Traumhauses. In der Mitte des Erdgeschosses befindet sich ein Cafe. Rundherum gibt es sieben Räume, z.B. eine Küche, einen Raum der Stille, einen Raum für Kinderbetreuung, ein Internetcafe, einen Raum für handwerkliche Tätigkeiten. Im Traumhaus gibt es keine Barrieren und kaum Türen, deshalb treffen die Menschen sehr häufig aufeinander. Im ersten Stockwerk gibt es einen großen Saal für alle möglichen Aktivitäten, z.B. für Hochzeiten, Tanzveranstaltungen. Im obersten Stockwerk befindet sich die Verwaltung. In der Außenanlage gibt es verschiedene Sport- und Kinderspielplätze.

Jeder, der das „Traumhaus“ besucht soll seine Kompetenzen in die Gemeinschaft einbringen.

Das Traumhaus wird durch Sponsoren, Privatinitiativen, Fördervereine, Genossenschaften und durch Einnahmen, z.B. aus dem Cafe finanziert. Träger ist die Kirche. Das Traumhaus hat eine Vereinsstruktur und wird von verschiedenen bestehenden Clubs und Initiativen



organisiert. Zur Organisation der vielen freiwilligen Angebote ist eine fest angestellte Person vorgesehen.

### Beispiel für das Engagement junger Menschen:

Spray, not piss (PZ07 Kusel)

„Spray, not piss“ ist ein Projekt gegen Vandalismus in der Tiefgarage.

Es gibt einen Konflikt zwischen Jung und Alt, und der heißt Graffiti. Ältere Menschen meinen Graffiti wären Schmiererei, Sachbeschädigung, Verschmutzung und Verwahrlosung. Für junge Leute ist Graffiti Kunst, wenn es gut gemalt ist.

Dieses Projekt hat zum Ziel alte Menschen über Graffiti aufzuklären. Mit Aufklärung soll die Toleranz und der Zusammenhalt zwischen Jung und Alt verbessert werden. Mit der ehrenamtlich geleisteten Information über diese Kunstform zeigen Jugendliche: „Wir können auch was!“

Mit der Genehmigung des Stadtrates wird ein Wettbewerb zur künstlerischen Gestaltung der Kuseler Tiefgarage ausgeschrieben. Die Gestaltung der Tiefgarage mit Graffiti wird mit einem Festakt (Essen, Trinken und lauter Musik) begangen. Die Arbeit der Künstler in der Tiefgarage wird „life“ auf den Marktplatz übertragen.

Das Publikum wird während dessen von zwei Moderatoren informiert. Abschließend werden die Bilder von einer Jury, die aus Menschen aller Altersgruppen besteht, bewertet. Die besten Künstler erhalten einen Preis.



# Arbeitseinheit 16

## Abschlussplenum und Abschlussbewertung

Die Bürgergutachter/innen hatten zum Ende des Verfahrens die Möglichkeit, ihre Kritik an der Planungszelle, an der Durchführungsträgerin sowie ihrer Mitarbeiter/innen zu äußern. In einem Fragebogen, der sowohl offene als auch geschlossene Fragen (Fragen zum Ankreuzen) enthielt, konnte jede/r einzelne Mitwirkende verschiedene Aspekte bewerten.

Außerdem gab es in der Regel eine Schlussrunde, in der die Teilnehmer/innen ihre Meinung direkt äußern konnten.

Die Bürgergutachter/innen waren nicht verpflichtet, den Einzelfragebogen auszufüllen. Insgesamt liegen 155 Verfahrensbewertungsbögen vor.

**Die Auswertung der Fragen hat folgende Benotung ergeben:**

### Die geschlossenen Fragen

97,5 % der Bürgergutachter/innen würden anderen empfehlen, an dem Verfahren Planungszelle teilzunehmen. Drei der Teilnehmer/innen würden die Planungszelle nicht weiterempfehlen und eine Person

würde die Empfehlung vom Thema der Planungszelle und von der Einstellung des Bekannten abhängig machen.

Der Ablauf der vier Arbeitstage wurde im Durchschnitt mit der Schulnote 1,7 bewertet.

Das Arbeitsprogramm, eine wesentliche Grundlage der Arbeit der Bürgergutachter/innen, wurde mit der Note gut (2,0) bewertet. Die Arbeitsblätter, das heißt die konkreten Aufgabenstellungen, erhielten ebenfalls die Durchschnittsnote gut (2,1). Mit Ausnahme der Planungszellen in Mainz bewerteten die Bürgergutachter/innen die Vorträge der Referenten und Referentinnen und erteilten ihnen die Note 1,8 (diese Frage war in Mainz nicht gestellt worden).

Die Qualität der Mittagsverpflegung erhielt die Durchschnittsnote 1,8. Der Imbiss, der in den vormittäglichen und nachmittäglichen Pausen zum Essen und Trinken gereicht wurde, erhielt die durchschnittliche Note 1,5.

Das Tagungspersonal, bestehend aus einem weiblichen und einem männlichen Prozessbegleiter und

### Arbeitseinheit 16:

#### Würden Sie Bekannten empfehlen, an einem Bürgergutachten teilzunehmen?

Antwort	Anzahl	Prozent
ja	151	97,5%
nein	3	1,9%
kommt drauf an	1	0,6%
<b>Gesamtpunktzahl</b>	<b>155</b>	<b>100%</b>

nungszellen für eine gute (Arbeits-)Atmosphäre.

Ebenfalls insgesamt positiv wurden die von den Referentinnen und Referenten erhaltenen Informationen beurteilt. Viele der Teilnehmenden charakterisierten die Informationen als spannend, vielfältig und thematisch präzise. Einzelne Referentinnen bzw. Referenten wurden von manchen Gutachtern explizit positiv, von anderen dagegen negativ bewertet.

Die Organisation und Moderation wurde auch bei den offenen Fragen als gelungen herausgestellt wo damit das gute Ergebnis des Fragebogens bestätigt wurde.

Einige Bürgergutachter/innen betonten besonders die Tatsache, von der Politik um Mitarbeit gebeten worden zu sein, als positiv.

Viele Gutachter/innen empfanden den Zeitdruck als **negativ**. Das stark strukturierte Arbeitsprogramm und das große Arbeitsgebiet ließen aus der Sicht der Teilnehmenden zu wenig Raum für tiefer gehende Dis-

kussionen. Diese Kritik der Zeitnot wird regelmäßig in Planungszellen geäußert und insofern erwartet, wird aber zu Gunsten der Strukturiertheit in Kauf genommen.

Einige Teilnehmer/innen hat gestört, dass bei der Politikeranhörung nicht alle Landtagsfraktionen vertreten waren.

In Mainz wurde an dieser Stelle die Organisation des Verfahrens kritisiert. Insbesondere die Formulierungen der Kleingruppenfragebögen. Einige Teilnehmer/innen vermissten zudem Hintergrundinformationen bezüglich des Auftrages<sup>1</sup>.

Eine weitere wichtige Information für den Durchführungsträger und für den Auftragsgeber ist, wie die ausgewählten Themen des Bürgergutachtens von den Teilnehmenden bewertet wurden.

Den Bürgergutachter/innen wurde die Frage gestellt, welche **Themen** sie **überflüssig** fanden und welche ihnen **gefehlt** haben.

**Arbeitseinheit 16:**

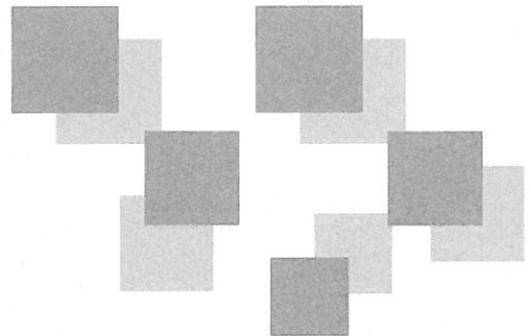
**Was hat Sie in den vergangenen Tagen gestört?**

Zeitdruck, zu wenig Zeit für Diskussionen	64
Keine Angaben	53
Räumlichkeiten und Essen	10
Abwesenheit bestimmter Politiker beim Hearing	8
Zu laut	7
Kritik an der Verfahrensorganisation	6
Anderes	8
<b>Gesamtnennungen</b>	<b>156</b>

<sup>1</sup> In der Folge wurden die Formulierungen der Fragebögen in Trier, Vallendar und Kusel konkretisiert

# KAPITEL 9

## ZUSAMMENFASSUNG



Eltern, Kind und Kinder) in der Gesellschaft eine hohe Stellung erhält. Für die Bürgergutachter/innen in Rheinland-Pfalz ist die Drei-Generationen-Familie die „Keimzelle“ für ein solidarisches Miteinander der Generationen.

Die Familie ist und bleibt damit nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürger der zentrale Ort, für den dauerhaften Austausch der Ressourcen zwischen den Generationen. In der Familie, so die Gutachter/innen, ist der Kontakt von einer Intensität und Qualität, dass Belastungen auch in Krisenzeiten, z.B. bei Pflegebedarf, standhalten wird.

Das heißt in den konkreten Vorschlägen der Gutachter/innen, dass die Politik die Familie stärken

soll, indem sie einerseits z.B. Kampagnen zur Imageverbesserung startet. Andererseits sollen Leistungen innerhalb der Familie nicht zu finanziellen Nachteilen z.B. der Leistungsträger/innen der Familienarbeit in der Rentenversorgung führen. Im Gegenteil, das Engagement in der Familie zu unterstützen ist nach Ansicht der Planungszellenteilnehmer/innen preiswerter und wesentlich effizienter als die öffentliche Fürsorge. Um den Spagat der „Sandwich-Generation“ zu erleichtern, soll die Ganztagsbetreuung für Kinder jeden Alters ausgebaut werden. Hier ist zu berücksichtigen, dass es vielen Bürgergutachter/innen wichtig war, dass diese Ganztagsbetreuung nicht verpflichtend,



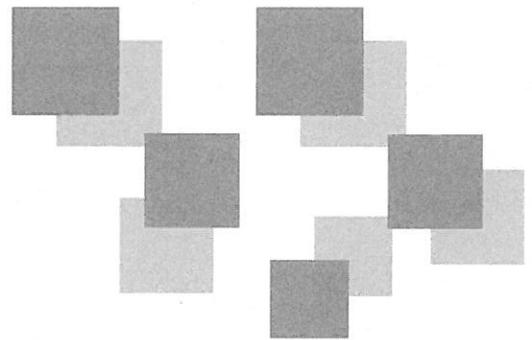
Mehrgenerationenhaus bis hin zu entsprechend infrastrukturell organisierten Ortsteilen werden hier die Möglichkeiten und der Wille zu längerfristiger gegenseitiger Unterstützung am ehesten zu finden sein. Intensive Begegnungen und der gegenseitigen Austausch von Ressourcen zwischen den Generationen können hier außerhalb der Familie in den Augen vieler Gutachter/innen am ehesten ermöglicht werden. Das Miteinander der Generationen kann so zum Nutzen aller gelebt werden. Diese Vorschläge umzusetzen ist für die Politik sicher angesichts der finanziellen Situation nicht einfach. Dies wurde von den Bürger/innen durchaus wahrgenommen und angesprochen.

Um die Motivation zur Umsetzung einer entsprechenden Gestaltung des Miteinanders bei den ortsansässigen Behörden und Einwohnern zu erhöhen, wurde beispielsweise der Wettbewerb „Unser Dorf soll Begegnung ermöglichen“ (siehe Projekte) vorgeschlagen. Gleichzeitig ist häufig der Rat zu finden, die Bürokratie in diesem Zusammenhang zu vermindern sowie zentrale Beratungsstellen zu schaffen und bereits existierende bekannt zu machen. Eigeninitiativen sollen informiert und unterstützt werden. Das heißt auch, Hilfestellungen bei der Suche nach finanziellen Kooperationen und Förderungsmöglichkeiten zu bieten. Die in den Projekten vorgeschlagenen Agenturen und Begeg-



# KAPITEL 10

## ANHANG



# AE 14 Maßnahmen und Finanzierungsvorschläge

## Finanzierungsvorschläge: Förderung der Familie:

- Stärkere finanzielle Belastung von Singles
- Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger in Kindereinrichtungen einbringen
- Umverteilung
- Analyse der Rechnungshöfe beachten; mehr Einfluss für Rechnungshöfe
- Ehrenamtliche Arbeit
- Erbschaftssteuer; Steuer; Steuerliche Entlastung
- Ehegattensplitting abschaffen
- Firmenfinanzierte Betriebskindergärten
- Drei-Säulen-Prinzip: Feste Steuersätze: ohne Abschreibung und Subvention und einkommens- und personenabhängige Rentenbesteuerung; Bürgerversicherung für alle; Sockelrente für alle
- Kirchen
- Sponsoring
- Privatinitiativen
- Kindererziehungszeiten für Rentenanspruch anzurechnen kostet zunächst nichts

## Finanzierungsvorschläge: Reformierung der Bildung

- Drei-Säulen-Prinzip: Feste Steuersätze: ohne Abschreibung und Subvention und einkommens- und personenabhängige Rentenbesteuerung; Bürgerversicherung für alle; Sockelrente für alle
- Private Investoren
- Beteiligung von Berufsverbänden
- Verwendung höherer Steuermittel
- Ehrenamtliche Arbeit (auch von Senioren und Lehrern)
- Einsparung durch Abschaffung der Lehrerbeamtung
- Umverteilung
- Umwandlung des Solidaritätszuschlags
- Bildungseuro
- Keine Kosten durch Internationalisierung des Studiums
- Studiengebühr außerhalb der Regelstudienzeit
- Staatliche Finanzierung; Steuern
- Vereinheitlichung des Schulsystems verursacht keine Mehrkosten
- Sponsoring
- Privatinitiativen

## Finanzierungsvorschläge: Verhinderung von Altersarmut

- Drei-Säulen-Prinzip: Feste Steuersätze: ohne Abschreibung und Subvention und einkommens- und personenabhängige Rentenbesteuerung; Bürgerversicherung für alle; Sockelrente für alle
- Für Politiker allgemeine Rentenpflicht
- Einsparungen bei Wahlkampfkosten
- Allgemeine Rentenpflicht (u.a. durch gleiche prozentuale Belastung)
- Private Vorsorge
- Anpassung von Renten und Pensionen
- Ehrenamtliche Arbeit

**Maßnahmen: Schaffung von Arbeitsplätzen**

Rahmenbedingungen schaffen für effektive Senkung der Lohnnebenkosten	7
Lebenslange Aus- und Weiterbildung	2

**Finanzierungsvorschläge: Schaffung von Arbeitsplätzen**

- Vereinfachte Steuerpolitik und Steuerflucht verhindern und Schlupflöcher schließen
- Überversorgung von Beamten und Abgeordneten reduzieren
- Mehrwertsteuer erhöhen
- Versteuerung der Unternehmensgewinne nur bei Entnahmen
- Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger für Arbeitslosengeld arbeiten lassen
- Vorruhestand nicht fördern, ggf. nicht so hoch honorieren
- Verschwendung öffentlicher Gelder verhindern (Mautsystem)

**Maßnahmen: Integration älterer Menschen ins Arbeitsleben**

Staatliche Beteiligung am Lohn von Mitarbeitern über 55 Jahre	19
Umschulung und Fortbildung für Ältere	7
Seniorenkompetenz-Pools als Begleitung für Gründerzentren oder Klein-/Mittelbetriebe	3
Kündigungsschutz einschränken	2
Erweiterung des Horizonts	2
Umschulung auch bei Menschen vor der Rente	1
Keine Altersausgrenzung bei Bewerbung und Einstellung	1
Einstellung älterer Arbeitnehmer	1
Quotenregelung	1

**Finanzierungsvorschläge: Integration älterer Menschen ins Arbeitsleben**

- Wirtschaft und Staat je zur Hälfte (Umschulung und Fortbildung für Ältere)
- Steuern
- Ehrenamt
- Stiftungen
- Privatinitiativen
- Diäten einfrieren, Verwaltungskosten senken
- Rüstungsetat senken
- Höhere Besteuerung der Bestverdienenden

<b>Maßnahmen: Stadtteilbüros zur Koordination, Information, Vernetzung und Beratung</b>	
Planstellen/Personalressourcen	5
Räumlichkeiten/Mobiliar/Infrastruktur	4
Ehrenamtliches Engagement	2
Infrastruktur familienfreundlicher	2

**Finanzierungsvorschläge: Stadtteilbüros zur Koordination, Information, Vernetzung und Beratung**

- Spenden
- Fördervereine
- Privatinvestoren
- Einnahmen
- Kommunale finanzielle Verantwortung durch Umstrukturierung in der Kommune

<b>Maßnahmen: Soziale Ungerechtigkeit abbauen, gerechte Ressourcenverteilung</b>	
Ausgeglichenes Verhältnis zwischen staatlicher und privater Altersversorgung	8
„Senioren-Unternehmer-Börsen“ flächendeckend einführen	1

**Finanzierungsvorschläge: Soziale Ungerechtigkeit abbauen, gerechte Ressourcenverteilung**

- Nur Ausgleichszahlung leisten (Spesen)
- Steuerverschwendung verhindern, Expertenrat ernst nehmen

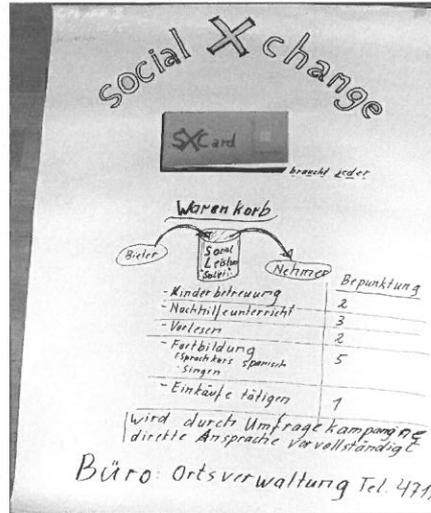
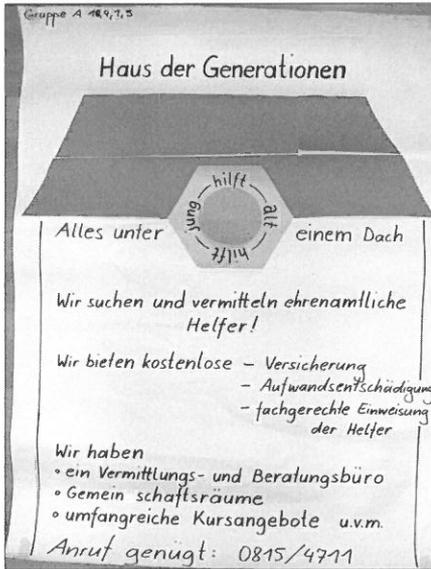
<b>Maßnahmen: Integration ein Leben lang</b>	
Projektbüros für alternative Wohn- und Lebensformen, staatliche Förderung für alternative Wohn- und Lebensformen	13
Bessere Informationspolitik durch Beratungs-/Kontaktstellen, Kontaktpersonen, Problemdarstellung der Minderheiten öffentlich machen	1

**Finanzierungsvorschläge: Integration ein Leben lang**

- Z.B. durch Subventionen, Steuervergünstigungen, allgemeine Zuschüsse/Fördermittel, zinsgünstige Darlehen
- Interessenten, Sponsoren, Investoren suchen
- Einsparungen im Pflegesystem, da weniger Krankheiten aufgrund höherer Zufriedenheit/Ausgeglichenheit
- Projektbüros werden auch von Senioren/Ehrenamtlichen geführt

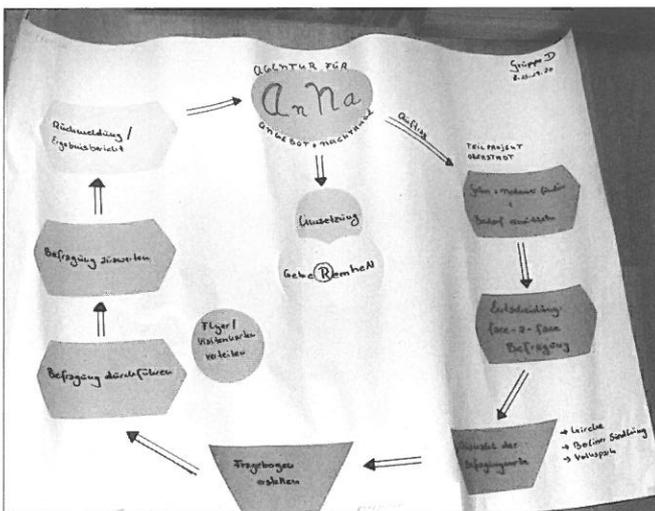
# AE 15 - neue Generationenprojekte

Nachbarschaftliche Freiwilligenagenturen:

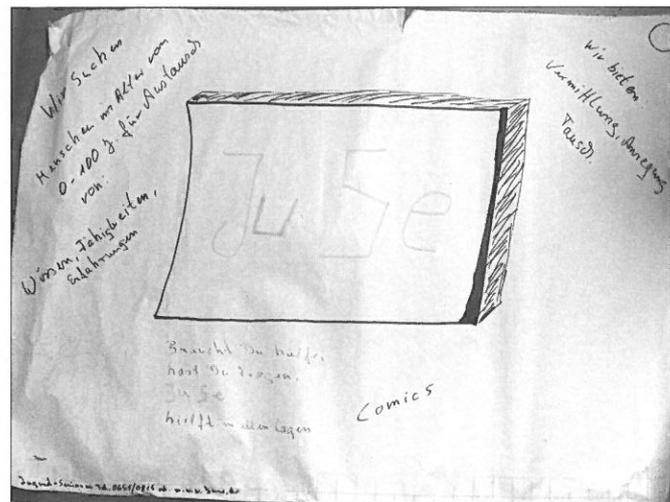


PZ02: Haus der Generationen

PZ02: Social X Change

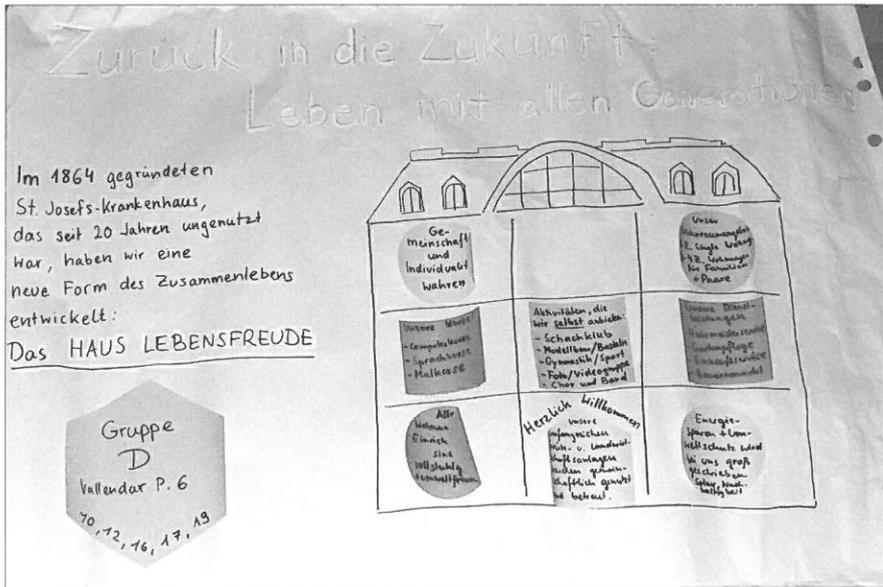


PZ02 : Agentur AnNa

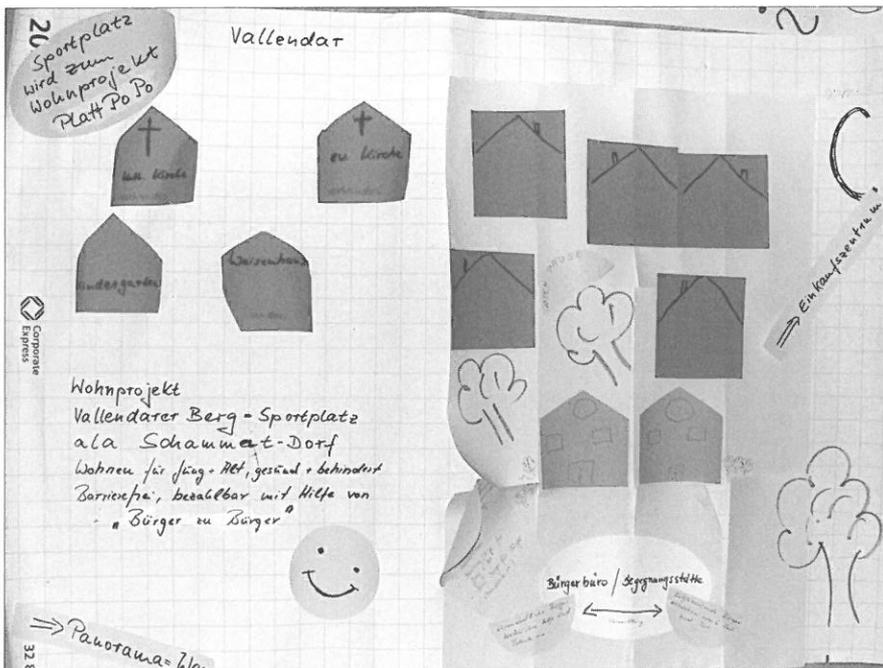


PZ03 : JuSe





PZ06: Das Haus der Lebensfreude

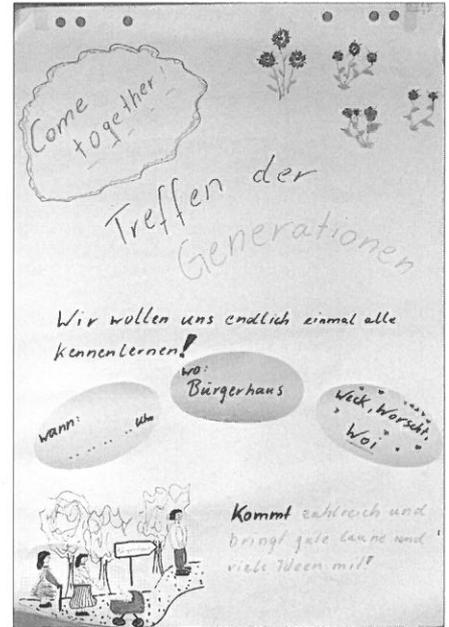


PZ06: Wohnprojekt Platt Po Po

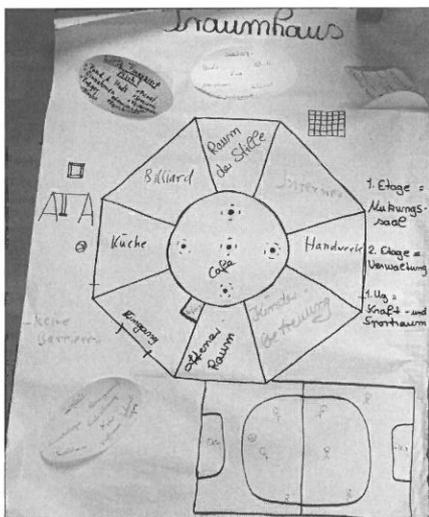
Begegnungsstätten:



PZ01: Kultur Kaffee



PZ01: Come Together



PZ03: Traumhaus



PZ03: Haus Sammelsurium



PZ05: Jung & Alt fürs Wellamare

Engagement junger Menschen:

**Schüler hilft Schüler**  $\Pi \times$  

<p>Wer? die <u>Oberstufe</u> (11 + 12)</p>	<p>Wem? <u>Unter- &amp; Mittel-</u> <u>Stufe</u></p>
<p>Wann? täglich</p> <p><b>7</b> Stunde</p>	<p>Wie? <u>Nachhilfe</u> in <u>allen Fächer</u> YEHI</p>

PZ02: Schüler hilft Schüler

Abschaffung der Wehrpflicht  
bei gleichzeitiger Einführung des  
Sozialen Jahres  
für ALLE

'VOM DIENST  
AN DER WAFFE ZUM  
DIENST AM NÄCHSTEN'

- Umwandlung der Bundeswehr in eine Berufsarmee
  - voranschlagender Zeitraum: 3 - 5 Jahre
  - Reduzierung der Truppenstärke
- Überorganisation: Bundesministerium für Familie, Soziales u. Gesundheit
  - Zusammenarbeit von Militärexperten mit Experten aus dem Sozialbereich
- Vorbereitung auf das Soziale Jahr für alle Schulabgänger
  - auch spezielle Seminare (durchgeführt von bereits vorhandenen Zivildienst- und Sozialverbänden)

PZ04: Vom Dienst an der Waffe zum Dienst am Nächsten

Ziel: - Gegen Dankschwärmerei in der  
Tiefgarage

aber nicht: **SPRAY!** **NO! PISS!** **Spitzen**

Haupt: - Genickwürgen  
- Öffentlichkeitsarbeit (Presse, Plakate)  
- Aufschreibung (Interviews, Artikel, Spinnrad)

Markt, Theater, Essen > Vereine  
Live-Übertragung des Verlaufs  
für Zuschauer: **Wolke** **Gehalt**

Publikum

Jung - von Realen Generationen abstrah.

Finanzierung: **Sponsoren** **yo yo yo** **Erfolg** **grüße** **ja**

Verschmutzen **Toten** **dür** **Paraffin** **Überland**

**Alte** **DII** **Abgefahren**

PZ07: Spray, not piss

Berufseinsteigertraining <sup>PZ01 A</sup>

## AUFSTEIGEN – ABER WIE?

Richtig EINSTEIGEN! 

- ① Was will ich werden – und warum?
- ② Was sagt Anderen mein Lebenslauf?
- ③ Wie präsentiere ich mich bei einer Bewerbung richtig?
- ④ Was erwartet mich in der Berufsausbildung?

Entwicklung:

- I) Suche nach fleißigen Helfern aus Industrie/Wirtschaft/Verwaltung
- II) Informationen Angebote an Schulen (evtl. Einsatz von Streetworker)
- III) Entwicklung eines Programms mit den fleißigen
- IV) Regelmäßiges Feedback des fleißigen
- V) Erfolgskontrolle

PZ01: Aufsteigen – Aber wie?  
Richtig Einsteigen

Junggebliebene „Akte“ aus Handel, Handwerk, Gewerbe und Dienstleistung sind bereit, bei verschiedenen Problemen Hilfestellung zu geben. <sup>©</sup>

Wer sich von uns helfen lässt, steckt die Anderen in die Tasche...

...wer sich nicht Neue Strukturen von uns helfen lässt, dem ist nicht mehr zu helfen...

Endlich haben wir nicht Alter und Erfahrung immer als negative Variante da Jugend anzusehen. <sup>!!</sup>

75 dazu

als negative

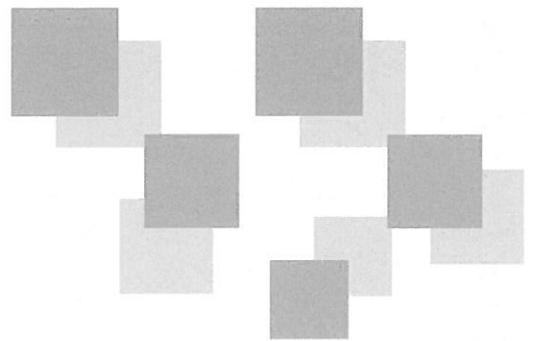
www.obg.info 



PZ05: Oldies but Goldies

# KAPITEL 11

## PRESSE



## Miteinander der Generationen

Fünzig Trierer erarbeiten als Planungszelle Aspekte des Zusammenlebens verschiedener Generationen

Von unserer Mitarbeiterin  
CORDULA FISCHER

**TRIER-NORD.** Das Mainzer Sozialministerium hat ein Bürgergutachten zum Thema „Miteinander der Generationen in einer älter werdenden Gesellschaft“ in Auftrag gegeben. Die Bürgerbeteiligung findet in Mainz, Kusel, Vallendar und Trier statt.

Fünzig zufällig ausgewählte Trierer trafen sich im Bürgerhaus Trier-Nord, um vier Tage lang konzentriert zu arbeiten. In Planungszellen zu je 25 Teilnehmern aufgeteilt, wurden Menschen jeden Alters und jeder gesellschaftlichen Schicht gemischt, um einen repräsentativen Querschnitt durch die Gesellschaftsstruktur zu erreichen.

Die Leitung oblag den Mitarbeitern der Forschungsstelle für Bürgerbeteiligung und Planungsver-

fahren der Bergischen Universität Wuppertal.

Ziel der Bürgerbeteiligung ist es, die Ergebnisse aus allen vier Städten in einem Bürgergutachten zusammenzufassen und von Betroffenen zu erfahren, wie unter anderem das Miteinander der Generationen verbessert, Kompetenzen der älteren Mitbürger gestärkt und sie wieder der Gesellschaft zugeführt werden können.

Die Gruppen in allen Städten arbeiten zu den gleichen Themen und unter gleichen Voraussetzungen. Nach einer ersten Bestandsaufnahme von Aspekten zum aktuellen Generationenverhältnis, standen die Punkte demographischer Wandel, Nutzen der Ressourcen und Arbeitskraft älterer Menschen für das Gemeinwohl, Projekte und Angebote für Ältere und Senioren, Lebensgewohnheiten sowie der zukünftige Bedarf. Am Ende der Arbeitsphase stellen die Bürger einen Aktionsplan zusam-

men, der die Ergebnisse und Empfehlungen an die Politik enthält.

Sozialministerin Malu Dreyer besuchte die Planungszellen in Trier und versicherte, dass sie bemüht sei, die Ergebnisse des Bürgergutachtens, das Ende November fertig gestellt sein soll, umzusetzen. „Wir wollen herausfinden, wo die Ressourcen, wo die Chancen für die Zukunft sind und wie wir Wege bereiten können, damit das Miteinander gelingt. Wir wollen ihre Alltagskompetenz fruchtbar machen“, sagte die Ministerin. Trotz anfänglicher Skepsis und Zurückhaltung, zeigten sich die Teilnehmer motiviert. „Ich habe die Hoffnung, mit der Mitarbeit etwas zu bewegen. Außerdem ist es für mich interessant, die unterschiedlichen Meinungen, Bedürfnisse und Wünsche kennen zu lernen und in den Gruppen zu diskutieren“, sagte Teilnehmerin Ute Weiersbach. jac



Zeigt Bürgernähe: Sozialministerin Malu Dreyer (rechts) sucht das Gespräch zu den Teilnehmern der Planungszellen. Foto: Cordula Fischer



Quelle: Die Rheinpfalz-Kusel (Westrich)  
Quelldatum: 07.07.2004

## Für Bürgergutachten in Klausur

„Es läuft super, wir finden das alle toll.“ Sabine Luft-Günther (36) aus Blaubach und ihre 16 Jahre alte Tochter Lisa sind zwei der insgesamt 50 Teilnehmer an einem viertägigen Workshop des rheinland-pfälzischen Sozialministeriums. Es geht um die Zukunft von jungen und alten Menschen angesichts des prognostizierten demografischen Wandels. In so genannten Planungszellen arbeiten 50 Menschen aus Kusel und Umgebung seit Montag unter Anleitung der Universität Wuppertal an Konzepten, wie die Probleme einer Gesellschaft mit immer weniger jungen und immer mehr alten Menschen gemeinsam gelöst werden können. Dabei lernt Jung von Alt und umgekehrt. SPD-Sozialministerin Malu Dreyer (rechts im Bild), selbst 43 Jahre alt, stattete den beiden Planungszellen gestern Nachmittag einen Besuch ab und bedankte sich fürs Mitmachen: „Es ist großartig, dass Sie sich auf dieses Experiment einlassen.“ Die Arbeit sei vor al-

lem an den ersten beiden Tagen sehr anstrengend, das wisse sie aus eigener Erfahrung. Als Bürgermeisterin in Bad Kreuznach und Sozialdezernentin der Stadt Mainz habe sie einige solcher Bürgerprojekte initiiert. „Das macht Spaß und bringt viele tolle Ideen für die Politik“, sagte Dreyer und versprach den Beteiligten eine Rückmeldung. Im Herbst sollen die Ergebnisse der landesweit insgesamt vier Planungszellen-Stationen – neben Kusel Mainz, Trier und Vallendar – im Ministerium auf dem Tisch liegen und ausgewertet werden. „Wir werden uns sehr ausgiebig damit beschäftigen, auch wenn möglicherweise manches nicht umgesetzt werden kann“, versprach Dreyer. Der Dank von Stadtbürgermeister Jochen Hartloff galt nicht nur den Teilnehmern, sondern auch der Kreissparkasse, die Räume für den Workshop bereitgestellt habe. „Schön, dass bei so etwas Menschen aus der Region Kusel gefragt werden“, freute er sich zudem. (ahb/Foto: wes) — *Südwest*

Die Rheinpfalz  
(Ludwigshafener Rundschau)

16.06.04

## Erfahrungen der Menschen nutzen

### Auftakt für Bürgergutachten zu Generationenfrage

► MAINZ (ddp). Für das so genannte Bürgergutachten, mit dem die Landesregierung Aufschluss über die Wünsche der Menschen an die Politik zum Thema Zusammenleben der Generationen gewinnen will, haben die ersten zwei Planungsgruppen jetzt in Mainz ihre Arbeit aufgenommen.

Das Gutachten, für das die Federführung bei der Forschungsstelle für Bürgerbeteiligung und Planungsverfahren der Bergischen Universität Wuppertal liegt, wird von zufällig ausgewählten Bürgern in so genannten Planungszellen an vier Standorten im Land erarbeitet. Neben Mainz werden – wie berichtet – auch in Kusel, Trier und Vallendar (Kreis Mayen-Koblenz) solche Arbeitsgruppen eingerichtet.

Das Projekt erlaube es, die Kompetenzen und Erfahrungen der Menschen direkt für die Lösung gesellschaftlicher Probleme nutzbar zu machen, sagte Sozialministerin Malu Drever (SPD) am gestrigen Dienstag bei einem Besuch der jeweils 25-köpfigen Planungszellen in Mainz. Es sei insofern ein „Beitrag zur lebendigen

Demokratie“. Das Zusammenleben der Generationen stehe aufgrund der Alterung der Gesellschaft, aber auch des Wertewandels und des Rückgangs traditioneller Familienstrukturen vor neuen Herausforderungen. Die Weichen für eine sozial gerechte Gestaltung dieses demografischen Wandels müssten bereits jetzt gestellt werden. Sie könne sich dabei „nichts Besseres denken, als die Bürger in diesen Prozess einzubeziehen und sie zu fragen, wie sie sich das zukünftige Miteinander der Generationen vorstellen und wünschen“.

Durch die repräsentative Zusammensetzung der Planungszellen kämen auch die unterschiedlichen Erfahrungen und Sichtweisen zur Geltung, so Drever. Zudem würden Kompetenzen und Erfahrungen der Beteiligten unmittelbar in das Bürgergutachten einfließen und damit für die Lösung gesellschaftlicher Probleme nutzbar gemacht. Für die Ergebnisse des Gutachtens bedeute dies, dass sie am Gemeinwohl orientiert und in der Gesellschaft konsensfähig seien sowie von hoher Akzeptanz getragen würden.

## „Kein Platz für plumpe Ideologien“

Mainzer entwickeln Zukunftskonzepte für Politik

Von unserem  
Redaktionsmitglied  
Alexandra Ehrhardt

MAINZ Mitreden können, eigenständig Konzepte entwickeln, Politik mitgestalten. Was sich viele Bürger schon lange wünschen, wird im ersten Untergeschoss des Mainzer Abgeordnetenhauses Wirklichkeit. Ein Spaziergang ist das nicht, ganz im Gegenteil: Zuhören, diskutieren, niederschreiben, vorstellen. Zwischendurch 15 Minuten Pause.

So sieht es aus, wenn 50 zufällig ausgewählte Bürger ein Gutachten über den demographischen Wandel erstellen. Auf den Weg gebracht hat dies die rheinland-pfälzische Sozialministerin Malu Drever (SPD), „um Aufschluss darüber zu bekommen, was Bürger wünschen und von der Politik erwarten“. In so genannten Planungszellen, die auch in Trier, Kusel und Vallender eingerichtet werden, entwickelt ein repräsentativer Durchschnitt der Bevölkerung innerhalb von vier Tagen konsensfähige Modelle für ein harmonisches Zusammenleben, -arbeiten und -wohnen.

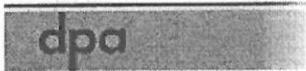
Der demographische Wandel sei ein geeignetes Thema für eine Planungszelle, da jeder Mensch damit in Berührung komme und seine eigene Meinung dazu habe, erklärte Malu Drever bei ihrem gestrigen Besuch der Arbeitsgruppen. Sie versprach, die Konzepte in ihre politische Arbeit einfließen zu lassen. Dennoch gibt es Skeptiker. „Gut ist, dass alle Alters-

schichten vertreten sind. Die andere Frage ist nur, ob unsere Ideen auch umgesetzt werden“, argwöhnt der Planzellenmitarbeiter Friedrich Böhme. „Ich habe da Zweifel, schließlich hat auch die Wirtschaft bei diesen Entscheidungen mitzureden“, so der 57-jährige.

Entwickelt wurde das Bürgerbeteiligungsverfahren „Planzelle“, das bislang über 30 Mal auch auf kommunaler Ebene angewandt wurde, von dem Wuppertaler Soziologieprofessor Peter Dienel. Die Teilnehmer, die von ihrer beruflichen Tätigkeit oder der Schule durch Sonderurlaub befreit sind, hören sich zu einer Fragestellung zwei konträre Vorträge an und entwerfen danach in Fünfergruppen Lösungsansätze. Nach der Bestandsaufnahme am Montag befassten sich die Teilnehmer gestern mit bereits bestehenden Modellen und versuchten, durch eigene Ideen auf diese aufzubauen.

„Manchmal gibt es Themen, zu denen ich nicht viel sagen kann, wie Rente, aber beim Generationenvertrag, der mich ja auch betrifft, habe ich mit diskutiert“, erklärt Christopher Eckmann. Für den 16-jährigen Rabanus-Maurus-Schüler ist die Planzelle eine Möglichkeit, „meine Meinung einzubringen, auch wenn ich noch nicht wählen darf“. Trotz des oftmals hohen Altersunterschieds gebe es „wenig Konfrontationen, weil einfach kein Platz für plumpe Ideologien ist“, fasst der bei der Fraport beschäftigte Roland Krieg zusammen.

**(Hintergrund) Stichwort:  
Bürgergutachten**



rhs0036 4 pl 102 lrs 7277

Gesellschaft/Soziales/  
(Hintergrund)  
Stichwort: Bürgergutachten =

Mainz (dpa/lrs) - Mit einem Bürgergutachten soll die Bevölkerung in einer repräsentativen Fächerung von Alter, Bildung, Beruf und Familienstellung in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Daher wird die Zusammensetzung der so genannten Planungszellen nach Angaben des rheinland-pfälzischen Sozialministeriums per Zufallsgenerator auf Basis der Melderegister ermittelt.

Entwickelt wurde das Modell des Bürgergutachtens als eine Form der «lebendigen Demokratie» von dem Wuppertaler Soziologieprofessor Peter C. Dienel. Zur Anwendung kam es bislang vor allem auf kommunaler Ebene und auf Landesebene in Bayern. Ergebnisse von Bürgergutachten sollen zu konsensfähigen Entscheidungen über politisch umstrittene Projekte beitragen.

dpa jus yyrs uk  
151440 Jun 04

